Bezugspreis:
Für Halle vierteljährlich bei wöchentlicher Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Abonnements-Abteilung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unserem Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk.
Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal.
Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 213. Halle, Freitag, den 8. Mai 1914.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 7. Mai.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min.

Der Kultusetat.

(10. Tag.)

Die Besprechung wird bei dem Kapitel „Elementarunterrichtswesen" fortgesetzt. — Die Aussprache über die Verteilung der Volksschullasten geht weiter.

Es liegt vor ein Antrag Krause-Waldenburg — v. Zedlitz (Freikons.), den Fonds für Ergänzungszuschüsse an Schulverbände so zu erhöhen, daß denjenigen Schulverbänden, welche wegen Leistungsunfähigkeit von den Bestimmungen des § 21 des Lehrerbesoldungsgesetzes keinen Gebrauch zu machen vermögen, die hierzu erforderlichen Ergänzungszuschüsse gewährt werden können. Ein Antrag der Budgetkommission verlangt Vorlegung eines Entwurfes zur Beseitigung des unerträglichen Druckes, welchen die Schullasten teils wegen ihrer Höhe, teils wegen ihrer Ungleichmäßigkeit auf eine große Anzahl der preußischen Gemeinden und Gutsbezirke ausüben; bei der Vorbereitung der Vorlage — unter Aufrechterhaltung des kommunalen Charakters der Volksschule — vornehmlich die Befreiung der einzelnen Schulverbände von der Aufbringung der persönlichen Volksschullasten in Erwägung zu ziehen und hierbei auch auf die Beseitigung der noch vorhandenen Ungleichheiten und anderer Mißstände im Lehrerbesoldungswesen bedacht zu nehmen; tunlichst noch im Laufe dieses Jahres eine Denkschrift über die Höhe der Schullasten und der sonstigen Kommunallasten in den Gemeinden und Gutsbezirken unter Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten der Abhilfe und zu Beginn des Jahres 1915 den entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Ein Antrag Aronsohn (Vp.) ersucht um Vorlegung eines Entwurfes zur Gewährung von erhöhten Staatsbeiträgen zwecks Beseitigung des übermäßigen Drucks durch Schullasten auf preußische Gemeinden und Gutsbezirke, und in diesem Entwurf die Beseitigung der noch vorhandenen Ungleichheiten und anderer Mißstände im Lehrerbesoldungswesen durch entsprechende Erhöhungen Bedacht zu nehmen, sowie dem Abgeordnetenhause in der Vorlage Vorschläge über die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel zu machen.

Abg. Cassel (Vp.):

Daß die Gemeinden schwer belastet sind, erkennen wir an. Aber wir müssen uns doch gegen die Uebertreibungen wenden, die namentlich aus den kleinen Gemeinden und von dem platten Lande kommen. Denn sehr vielen kleinen Gemeinden werden die Unkosten für die Volksschulen durch Staatszuschüsse zu 9/10 wieder ersetzt. Das Land erhält vom Staate ca. 48 Proz. der Volksschullasten wieder vergütet, während die Städte nur 11 Proz. bekommen. Das Land ist also bei Verteilung der Staatszuschüsse durchaus nicht zu kurz gekommen. Eingelne Städte wie Frankfurt a. M. und Düsseldorf erhalten überhaupt keine Staatszuschüsse. Widerspruch erheben muß ich gegen die Behauptung, daß die Städte zu großen Luxus getrieben hätten. Die Städte konnten nicht anders handeln, als sie es taten. Schon die Zunahme der Bevölkerung zwang sie zu einer enormen Vergrößerung ihrer Ausgaben. So wuchsen in Berlin die Ausgaben für die Volksschulen in 14 Jahren von 8 Millionen auf 35 Millionen. Wir verkennen durchaus nicht, daß etwas geschehen muß, um den tatsächlich bestehenden Mißständen abzuhelfen. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Wir wollen aber auf dem Boden der Verfassung bleiben und deshalb verlangen wir eine Erhöhung der Staatszuschüsse. Denn nach der Verfassung hat einzig und allein der Staat hier einzutreten. Die anderen Vorschläge, die gemacht sind, um den Gemeinden aufzuhelfen, verstoßen teils gegen die Verfassung, teils gegen das Prinzip der Selbstverwaltung. Das letztere gilt besonders für die hier vorgeschlagenen Besoldungsklassen.

Als Herr v. Campe gestern darauf hinwies, daß die Gemeinden nicht nur durch die Volksschullasten belastet seien, meinte Herr v. Zedlitz mürrisch, dieser Hinweis kompliziere nur die Sache, wir hätten es hier nur mit den Volksschullasten zu tun. Aber Herr v. Campe hatte ganz Recht. Es würde Vogel-Strauß-Politik sein, wenn wir nicht auch dies in Betracht ziehen wollten. Wir müssen unbedingt den Städten helfen; aber nicht durch Besoldungsklassen. Denn bei diesen würde die staatliche Bureaukratie alles leiten, die Streitigkeiten würden kein Ende nehmen, und mit der Selbstverwaltung wäre es aus. Die Bürger würden nur Hilfskräfte und Figuranten des Staates werden. Herr v. Zedlitz wollte die Einkommensteuer und Ergänzungssteuer erhöhen, um die Mittel aufzubringen. Weshalb denn nicht die Grundsteuer? Wohl nur, um die Agrarier zu schonen, aus Abneigung gegen das mobile Kapital, das man immer mit Haß verfolgt. Wenn man die Selbstverwaltung beschränkt, werden die Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Schule sinken. Die Gemeinden, die leistungsfähig sind, müssen auch in Zukunft die Hauptkosten tragen. Wenn der Staat alle Kosten tragen würde, dann würde der kommunale Charakter der Volksschule verwischt und wir würden die Staatsschule bekommen, in der allein der Staat zu sagen hätte. Wir sind gegen die Staatsschule, wir wollen das köstliche Gut der Gemeindeschule nicht preisgeben. Bei den Herren, die die Besoldungsklassen fordern, sind nicht allein ideelle Gründe maßgebend; von den großen Städten verlangt man aber, aus idealen, patriotischen Gründen, daß wir unser freies Lehrerwahlrecht aufgeben. Daß wir das freiwillig tun, daran ist niemals zu denken! (Sehr richtig! links.)

Wir sollen unsere Rechte aufgeben, damit andere Vorteile haben! Herr v. Zedlitz erinnert mich bei seinem Appell an die Opferwilligkeit der großen Städte immer an den Hahn, der zu dem Regenwurm sagt: „Es ist alles nur ein Uebergang!" und ihn verschluckt. So harmlos sind wir nicht. Der einzig mögliche Ausweg ist die Erhöhung der Staatszuschüsse für leistungsschwache Gemeinden. Heute erhalten bekanntlich auch durchaus leistungsfähige Gemeinden die Staatszuschüsse; warum sollen sie nicht auch Opfer im Interesse der Allgemeinheit bringen, wie es Berlin seinerzeit tat, als ihr, mit auf meine Veranlassung, 430 000 Mark Zuschüsse entzogen sind. Der Weg der Besoldungsklasse oder Uebernahme der persönlichen Schullasten ist nicht gangbar. (Sehr richtig! links.) Die Einführung des Einheitsgehaltes für Lehrer und Gleichstellung mit den Sekretären der Verwaltung werde ich stets aufs eifrigste befürworten. Es kommt aber darauf an, daß man, wenn das Höchstgehalt auf 4500 Mark festgesetzt wird, die Ortszulagen derartig in die Altersklassen hineinarbeitet, daß die Gehälter sich auf der gleichen Höhe halten wie jetzt unter der Herrschaft der Ortszulagen. Ohne Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung und Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß die Mittel der einzelnen Gemeinden auch für diese selbst verwendet werden, wird unsere Volksschule nicht in der gleichen Weise wie bisher ihr Kulturaufgaben erfüllen können.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Das uns vorliegende Material beweist, daß die Lösung des Schullastenausgleichs dringend geboten ist; es beweist aber auch seine Schwierigkeit. Eine grundsätzliche und gültige Regelung ist nur möglich bei Gelegenheit der Neuregelung des Kommunalabgabengesetzes. Herr Cassel hat das hohe Lied der Selbstverwaltung gesungen: auch wir wollen die Selbstverwaltung schützen, erst müssen wir sie aber haben! Bei den Volksschulen haben die Gemeinden nichts zu sagen, sondern nur zu zahlen! Man verbietet sogar den Gemeinden, über die Räume der auf ihre Kosten errichteten Schulen so zu verfügen, wie sie wolle. Der kommunale Charakter der Volksschule muß gewahrt bleiben. Wenn der Staat die persönlichen Volksschullasten übernimmt, ist es mit dem kommunalen Lehrerwahlrecht zu Ende. Das ist im Kommissionsbericht klipp und klar ausgesprochen. Die Kosten der Gemeinden auf den Kopf des Schülers haben sich seit 1900 fast verdoppelt, die Aufwendungen des Staates sind fast unverändert geblieben. Die besitzenden Klassen müßten mehr zu den Lasten der Volksschulen beitragen als bisher. Man soll nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch die Grundsteuer heranziehen. Was für die Einzelnen gilt, gilt auch für die Gemeinden. Ich halte es für einen gesunden Gedanken, daß die reichen Gemeinden den armen Gemeinden Zuschüsse leisten. Die Volksschullasten von Groß-Berlin müßten auf den Zweckverband übernommen werden; weit besser und einzig richtig wäre allerdings eine weitschauende Eingemeindung. Keiner der vorliegenden Anträge findet die volle Zustimmung meiner Freunde. Dennoch werden wir für den fortschrittlichen Antrag stimmen und im Falle seiner Ablehnung für den Kommissionsantrag um unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Ausgleich der Volksschullasten zu beweisen. Wir behalten uns aber gegenüber der Vorlage der Regierung vollkommen freie Hand vor.

Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf (Zentr.):

Für die Mittelschule muß ein eigener Etatstitel geschaffen werden. Die Schule soll dazu dienen, die Entfremdung der einzelnen Volksklassen zu überbrücken. Deshalb muß die Unterstufe der Mittelschule gemeinsam mit der Volksschule bleiben; sonst kann die Volksschule leicht zur Armenschule werden, und das liegt weder im Interesse der Schüler, noch des so wichtigen Standes der Volksschullehrer. Die Mittelschulen müssen konfessionell gestaltet werden. Ferner darf der Religionsunterricht dort nicht mehr so stiefmütterlich behandelt werden, jetzt gibt es leider in den Mittelschulen mehr Turnals Religionsstunden. Den Schülern, die die oberste Klasse der Mittelschulen mit Erfolg besucht und das Prädikat „Gut" erhalten haben, sollte man auch ohne eine besondere Prüfung die Berechtigung zum einjährigen Dienst verleihen.

Vizepräsident Dr. von Krause macht den Redner darauf aufmerksam, daß er sich jetzt aber doch zu sehr von dem Gegenstand der Beratung entferne.

Abg. Dr. Schmitt: Ja, das ist ja eben das Unangenehme. (Große Heiterkeit.) Ich bitte den Minister, den Mittelschulen sein Wohlwollen zu schenken.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung über die Schullastenverteilung angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Cassel (Vp.) und Hirsch (Soz.) wird der Antrag Aronsohn (Vp.) abgelehnt, der Antrag der Budget-Kommission wird einstimmig angenommen. Der Antrag Krause-von Zedlitz (fk.) wird der Budgetkommission überwiesen.

Die Besprechung wendet sich nunmehr der Frage der akademischen Ausbildung der Volksschullehrer zu.

Hierzu liegt vor ein Antrag v. Campe-Schiffer (Natl.):

1. Einrichtungen zu treffen, um den Volksschullehrern die Erlangung einer vollwertigen akademischen Ausbildung zu ermöglichen,

2. auch unter diesem Gesichtspunkte die Ausgestaltung der Seminare nach der Art höherer Lehranstalten schleunigst in die Wege zu leiten,

3. aus dem Kreise der so vorgebildeten Volksschullehrer die Stellen der Schulaufsichtsbeamten und der Lehrer an Seminaren (Oberlehrer, Prorektoren, Direktoren) zu besetzen, und so auch dem anerkannten Bedürfnis nach einer Lehrerlaufbahn Rechnung zu tragen,

4. auf dieser Grundlage eine organische Verbindung zwischen der Volksschule und den anderen Schularten zur Erreichung eines einheitlichen nationalen Bildungswesens anzustreben.

Ein Antrag Aronsohn (Vp.) will die Regierung ersuchen, den Volksschullehrern den Zutritt zu den akademischen Schulen in ähnlicher Art zu gestatten, wie dies in anderen Bundesstaaten geschehen ist.

Ein Antrag Dr. Iderhoff (fk.) verlangt, im Interesse des Volksschulwesens die bestehenden akademischen Kurse so auszubauen, daß Volksschullehrern die Erlangung einer akademischen Ausbildung ermöglicht wird, die sie befähigt, für die Besetzung der Stellen der Kreisschulinspektoren und der Lehrer (Oberlehrer, Prorektoren, Direktoren) an Seminaren Verwendung zu finden, und vorzugsweise den so befähigten Lehrpersonen diese Stellen zuzuwenden.

Ein Antrag Dr. Heß (Ztr.) will dem Antrag Iderhoff die Sätze hinzufügen: Dabei soll es für die Zulassung zu diesen Kursen genügen, wen die erste und zweite Lehrerprüfung mindestens mit gut bestanden ist. Wo diese Voraussetzung fehlt, kann an ihre Stelle der Nachweis der bestandenen Mittelschullehrerprüfung treten.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.)

begründet seinen Antrag. Der Minister hat im Vorjahr erklärt, daß er die Frage der Fortbildung der Lehrer mit großem Interesse verfolge, er hat auch eine Reform des Lehrplans der Seminare in Aussicht gestellt. Unser Antrag will dasselbe Ziel verfolgen. Wir haben in erster Linie hierbei das Interesse des Unterrichts im Auge, nicht die Standesinteressen der Lehrer. Wir bitten, auch nicht aus unserem Antrag herauszulesen, daß wir nun jeden Lehrer auf die Universität schicken wollen. Wir verfolgen keine Utopien, wir wollen nur das, was wirklich in der Gegenwart möglich ist. Es muß natürlich eine Auswahl unter den Lehrern getroffen, es muß ein Generalstab gewählt werden, der dann auf die Universität gesandt wird. Und das wird möglich sein! Nur gründlich und wissenschaftlich gebildete Lehrer werden dieses Ziel erreichen können und dann später an Seminaren unterrichten. Wir müssen eine organische Verbindung zwischen den einzelnen Schularten schaffen, müssen Lehrer bekommen, die in ihrer Person die seminaristische und die akademische Bildung vereinigen, und die dann in die höheren Stellen des Elementar-Unterrichts einrücken. Also in erster Linie sollen die Seminarlehrer und die Kreisschulinspektoren hier in Frage kommen. Wir haben dann eine höhere Laufbahn für die Volksschullehrer. Sie werden mir zugeben, daß unser Antrag in dieser Beleuchtung nicht mehr so utopistisch erscheint, als er manchem auf den ersten Anblick erscheinen mag.

Der freisinnige Antrag können wir nicht annehmen, weil er zu allgemein ist, und weil er nicht auf die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten Rücksicht nimmt. Mit einem solchen Antrag ist nicht allzuviel anzufangen. Mit unserem Antrag verlangen wir natürlich ein vollwertiges akademisches Studium, das den Wissensdurst der Lehrer voll befriedigt. Wer sagt: „Ja, der Lehrer kann ja das Abiturium machen und dann studieren", der drängt gerade die tüchtigsten Elemente aus dem Elementarunterricht heraus. Denn ein Lehrer, der das Abiturium gemacht und studiert hat, der ist gewöhnlich für den Elementarunterricht verloren. Dieser Weg erscheint uns daher nicht gangbar, sondern wir schlagen ein Examen bei irgend einer Amtsbehörde vor, das die Berechtigung zum Universitätsstudium verleiht. Der Unterrichtsverwaltung muß die Auswahl überlassen bleiben. Den Antrag Heß, der die Zulassung von der gut bestandenen Lehrerprüfung abhängig macht, möchte ich nicht empfehlen.

Abg. Otto-Charlottenburg (Vp.):

Wir Volksschullehrer danken dem Hause für diese besondere Besprechung der Volksschullehrerbildungsfragen, weil es damit ihre Bedeutung anerkennt. In Bayern, Sachsen, Württemberg, Sachsen-Weimar, Hessen, Oldenburg und Anhalt ist den Volksschullehrern schon der Zugang zur Universität eröffnet. Unser Antrag will dem Volksschullehrerstande die Förderung gewähren, die den gesteigerten Anforderungen der Schule entspricht und sie mehr für den Seminarunterricht und den Schulaufsichtsdienst vorbereitet. Heute werden junge Theologen und Philologen häufig erfahrenen seminarisch gebildeten Lehrern vorgezogen. Am 17. Januar haben wir beantragt, daß mehr als bisher seminaristisch gebildete Lehrer zu Kreisschulinspektoren ernannt werden; zu unserer Freude haben Abgg. Arendt u. Gen. diesen Antrag am 5. Mai aufgenommen. Dem Antrag Heß können wir nicht zustimmen; das Examen ist zu sehr vom Zufall abhängig und gibt zu wenig Gewähr für die spätere Entwicklung. Man bekommt immer die großen Kosten des Staates für die Heranbildung des Lehrerstandes. Ein Volksschullehrer kostet dem Staat etwa 2200 Mark, ein Abiturient 6000 Mark und ein Einjähriger 3000 Mark. Die Bestrichung der Vermehrung des gelehrten Proletariats ist ungerechtfertigt, denn diese Volksschullehrer sollen der Volksschule erhalten bleiben. Ein nach 6 Semestern abzulegendes Examen soll zum Seminardienst und zur Kreisschulinspektion berechtigen.

Was den jungen Mädchen jetzt gewährt ist, die das Oberlyceum absolviert haben, ist auch den Volksschullehrern billig. Das haben auch die Universitätsprofessoren anerkannt, die gegen jenen Erlaß protestiert haben. Die akademischen Kurse sind kein vollwertiger Ersatz des Universitätsbesuchs. Sie sind allerdings besser als gar nichts. Wir bitten um eine Denkschrift über Besuch und Erfolge dieser Kurse. Unser Antrag kann gleich in die Praxis übergeführt werden; beim Antrage v. Campe ist das nicht möglich. Her v. Campe verlangt zwar die Umwandlung der Seminare im Sinne einer höheren Schule, aber sie soll beileibe nicht selbst eine höhere Schule werden. Das wollen wir aber gerade erreicht wissen; dazu wird allerdings eine Verlängerung des Seminarunterrichts erforderlich sein. Wir wollen den an der Universität gebildeten Lehrern die Aufsichtsstellen gewähren, aber hierunter begreifen wir nicht die Rektoratsstellen. Hierfür muß die Seminarbildung ausreichen.

Abg. Dr. Heß (Zentr.):

Der Begrüßung des Herrn v. Campe müssen sehr erregte Debatten in der nationalliberalen Partei vorangegangen sein; selten ist jemand bei Begründung so zurückgewichen. (Heiterkeit.) Herr von Campe, Sie haben sich mit Ihrem Antrage entschieden übernommen! (Heiterkeit.) Ihr Antrag hätte auch ausdrücklich lagen müssen, daß das Seminar eine Fachschule bleiben und keine höhere Schule werden soll; in Ihrem Antrage steht das aber nicht! Herr Otto hat über Bevorzugung der Akademiker bei der Schulinspektion geklagt. Aber in den freisinnigen Gemeinden gibt es auch nur Akademiker. So sind in Berlin sämtliche 13 Stellen mit Akademikern besetzt. Mein Antrag wollte eine Brücke bauen zwischen dem freisinnigen Antrage und dem Antrage — wenn man ihn noch so nennen kann — v. Campe und das Erreichbare ins Auge fassen. Herr Otto wird, wenn er das auch tun will, doch sehr zurückrufen müssen — daß er soweit zurückruft wie Herr v. Campe, kann ich ihn allerdings nicht zumuten.

Herr v. Campe hat heute Angst vor seiner eigenen Courage bekommen. Sein Antrag ist ihm vom Deutschen Lehrerverein aufgenötigt worden. Was heißt aber „Ausgestaltung der Seminare nach Art höherer Lehranstalten"? Soll das auf die Berechtigung oder auf den Bildungsgang sich beziehen? — Wir sind noch nicht so weit, daß bei uns ein Volksschullehrer Kultusminister werden kann. Wir leiden und kranken in Preußen an einem gewissen Assessorismus, der manches Gute verhindert. Ein Gerichtsassessor kann allenfalls Justizminister werden. Aber doch über ihm thront in heroischer Größe — Sie kennen ihn alle — der Herr Regierungsreferendar. (Heiterkeit.) Sie kennen alle das nette Geschichtchen von dem Oberlandesgerichtspräsidenten, der Größenwahn bekam: er träumte, er wäre über Nacht — Regierungsreferendar geworden! (Heiterkeit.) Diese Erzählung charakterisiert das System ganz ausgezeichnet. Die akademischen Kurse können wir noch nicht entbehren, weil heute unsere Seminare noch nicht genügend zum Studium vorbereiten. Der Hauptfehler des Antrag Aronsohn ist seine Unerreichbarkeit. Das liegt nicht nur an der Zusammensetzung des Hauses, sondern auch an der Regierung. Deshalb bitte ich, nehmen Sie den Antrag Iderhoff und meinen Zusatzantrag an! (Beifall; Zischen links.)

Abg. Dr. Iderhoff (Freikons.):

Auch für uns ist die Lehrerausbildung von größter Bedeutung, weil sie für die Tüchtigkeit unseres Lehrerstandes die Voraussetzung ist. Wir haben deshalb auch unseren Antrag eingebracht, um eine wissenschaftliche Vertiefung der Lehrerbildung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0001

in die Wege zu leiten. Die bisherigen Kurse haben sehr gute Erfahrungen gezeitigt und wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie auf diesem Wege weiter fortschreitet. Aehnliche Anträge wie die heutigen lagen auch schon im Vorjahre von den Nationalliberalen und Freisinnigen vor, die in der Unterrichts-Kommission eingehend besprochen, aber schließlich abgelehnt wurden, weil man erst noch weitere Erfahrungen mit den bisherigen Kursen abwarten wollte. Ich habe mich deshalb gewundert, daß Herr von Campe diesmal seinen Antrag wieder eingebracht hat, zumal derselbe doch nur sehr wenig anderes verlangt, als was heute schon in den bestehenden Kursen geboten wird. Der geringe Unterschied hätte doch kaum Veranlassung dazu gegeben, wieder eine Beunruhigung in die betr. Kreise hineinzutragen und den Wert der bestehenden Kürse in Frage zu stellen. Gegen den letzten Punkt des Antrages haben wir auch Bedenken. Wir wissen nicht recht, wie Herr von Campe sich eine solche organische Verbindung zwischen der Volksschule und den anderen Schularten denkt. Wir unsererseits verlangen jedenfalls, daß die Elementarschulen in ihrer Eigenart erhalten bleiben. Gegen den freisinnigen Antrag sind wir auch. Am besten ist es, daß man erst einige Zeit vergehen läßt und neue Erfahrungen mit den bestehenden Kursen abwartet. In dieser Richtung bewegt sich mein Antrag und ich bitte, ihn anzunehmen. Der Zusatzantrag Heß muß auch Bedenken erwecken. Das Examen allein kann nicht maßgebend sein.

Kultusminister von Trott zu Solz:

Die sämtlichen Anträge werden ja wohl an die Unterrichtskommission verwiesen werden, und dort wird mir Gelegenheit geboten werden, zu allen einzelnen Fragen Stellung zu nehmen und Auskunft zu geben. Hier kann ich mich um so mehr kurz fassen, als es ja nicht das erste Mal ist, daß wir uns mit diesen Fragen beschäftigen. Sie haben schon wiederholt den Gegenstand der Beratung gebildet, und es ist auch in der Kommission darüber zu einer Beschlußfassung gekommen. Ich habe damals schon meinen Standpunkt eingehend beleuchtet. Ich habe mich deshalb einigermaßen gewundert, daß diese Frage noch so kurzer Zeit schon wieder in dieser breiten Weise hier aufgerollt wurde. Auch die Anträge, die heute vorliegen, unterscheiden sich nicht wesentlich von den früheren Anträgen. Allerdings ist der nationalliberale Antrag in der Form ein wenig anders als im vorigen Jahre. Aber nachdem ich die Rede des Herrn v. Campe gehört habe, sehe ich nicht recht einen Grund dazu ein, weshalb er in diesem Jahre schon wieder einen solchen Antrag eingebracht hat. Ich will mich nicht den Ausführungen gegen die Rede des Herrn v. Campe, die von anderer Seite gemacht sind, in allen Teilen anschließen. Aber ich glaube doch, daß die Begründung des Herrn v. Campe sich nicht völlig mit dem Wortlaute des Antrages deckt, ja ich glaube sogar, daß beides sich in direktem Widerspruch befindet. So sagte Herr von Campe:

Wir wollen durchaus nicht, daß sämtliche Lehrer die Universität besuchen sollen. Sie sollen auch nicht ein anderes Studium ergreifen, weil sie sonst leicht in einen fremden Beruf gehen, sondern sie sollen der Volksschule erhalten bleiben. Was habe ich denn anders eingerichtet? Ich habe doch Kurse mit ganz bestimmten Lehrgebieten eingerichtet auf einzelnen Universitäten und auf der Akademie in Posen, in denen ein hochschulmäßiger Unterricht erteilt wird in Fächern die den besonderen Bedürfnissen der Kursisten entsprechen und in denen die Lehrer angewiesen werden, in ihren Fächern wissenschaftlich zu arbeiten. Das ist doch genau dasselbe, was Herr von Campe wünscht. Der Unterricht zwischen dem, was sein Antrag verlangt und zwischen dem, was jetzt schon in den Kursen gelehrt wird, ist doch wahrlich nicht groß. Auch die Kurse verfolgen den Zweck die Fortbildung der Lehrerschaft zu fördern und die Möglichkeit zu schaffen, daß sie in ihrer Laufbahn vorwärts kommen. Ich habe aus der Rede des Herrn v. Campe beinahe den Eindruck gewonnen, als ob ihm persönlich diese Kurse gar nicht bekannt seien. (Große Heiterkeit.)

Die Kurse sind bereits in Berlin, Münster und Posen eingerichtet. Der Gedanke an sich ist ja nicht neu. Neu ist nur die Art der Einrichtung. Die Kurse sind erst seit 4 Jahren eingerichtet, und es liegen erst Erfahrungen von 3 Jahren vor. Das Ergebnis dieser Kurse ist im hohen Maße befriedigend. Ich habe selbst einen Referenten nach Münster geschickt, der mir darüber Bericht erstattet hat. Vor mir liegt ein Verzeichnis der Arbeiten, die dort von den Kursisten angefertigt und von den Professoren beurteilt worden sind. Es sind dies Arbeiten auf dem Gebiete der Pädagogik, der Geschichte und der Literatur. Die Themata sind so gestellt, daß eine wissenschaftliche Bearbeitung verlangt wird, und die Professoren haben sich in einer eingehenden Beurteilung dahin ausgesprochen, daß die Teilnehmer gelernt haben, wissenschaftlich zu arbeiten. Die Professoren haben sich einstimmig dahin geäußert: 1. daß durch solche Kurse wie in Münster auch Seminarlehrer zur wissenschaftlichen Bearbeitung befähigt werden können, und daß 2. der hier eingeschlagene Weg zurzeit der einzige sei, um das erstrebte Ziel zu erreichen.

Ich glaube, daß der Antrag Iderhoff heute der beste ist, weil er an den bestehenden Kursen festhält und wünscht, daß sie weiter ausgebaut werden. Dies ist auch durchaus die Absicht der Unterrichtsverwaltung. Sie wünscht zurzeit nicht, andere Einrichtungen zu treffen, die hier nur schädlich wirken könnten. Da die Erfahrungen, die bisher gemacht sind, durchaus günstige waren, spricht auch alles dafür, daß wir die Kurse beibehalten und das weitere abwarten. Nun ist es keineswegs meine Absicht, wie hier gesagt wurde, den Assessorismus auch in die Lehrerschaft hineinzutragen. Wir wollen keineswegs nur die Lehrer in gehobene Stellungen befördern, die durch diese Kurse gegangen sind. Die Absicht der Kurse war nur, Einrichtungen zu treffen, um die Fortbildung der Lehrer zu fördern und die zu wissenschaftlicher Arbeit befähigt zu machen. Wir haben auch in der letzten Zeit schon wiederholt Lehrer, die in der Praxis Tüchtiges leisteten und selbständig sich fortgebildet hatten, in höhere Stellen als Kreisschulinspektoren, Seminarlehrer usw. befördert, die keinen von den Kursen besucht hatten. Wir wollen also durchaus nicht ein Monopol für die Kursisten schaffen. Wir suchen uns unter den Lehrern die geeigneten Persönlichkeiten aus, nicht nur Kursisten.

Die Zahlen, die hier angeführt wurden, sind nicht zutreffend. Es sind bereits 32 Seminarlehrer in Seminaroberlehrerstellen befördert. Auch unter den Kreisschulinspektoren befinden sich zahlreiche Seminarlehrer und so wird es auch in Zukunft bleiben. Nun hat man sich darüber beschwert, daß zu viele Theologen zu Kreisschulinspektoren ernannt würden. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß wir eine große Zahl von nebenamtlichen Kreisschulinspektoren haben, und daß diese Stellen meistens von Theologen wahrgenommen werden. Es sind dieses doch alles Männer, die sich in der Praxis betätigt haben und die eine große Erfahrung besitzen, und man wird doch nicht behaupten wollen, daß diese Herren keine sachverständigen Männer sind. Von allen Seiten, auch von fortschrittlicher Seite, hat man zugegeben, daß unter den nebenamtlichen Kreisschulinspektoren sehr tüchtige Männer sich befinden. Mein Standpunkt zu dieser Frage deckt sich im wesentlichen mit dem Antrag Iderhoff, und ich möchte Ihnen empfehlen, diesen Antrag anzunehmen.

Auch gegen den Antrag Heß habe ich an sich nichts einzuwenden. Er steht nicht mit den bestehenden Grundsätzen in Widerspruch. Wenn es bei uns auch nicht schroffe Regel gewesen ist, einzig und allein das Examen zu berücksichtigen. Im übrigen können Sie davon überzeugt sein, daß wir alles tun werden, was möglich ist, um auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen und der Lehrerschaft die Möglichkeit zu weiterer Fortbildung und wissenschaftlicher Arbeit in die Hand zu geben. Ich weiß, wie stark in der Lehrerschaft das Streben ist, und ich bin jederzeit bereit, ihnen hier zu helfen und es ihnen zu ermöglichen, in gehobene Stellen in der Schulverwaltung zu gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Eickhoff (Vp.)

Ich beantrage, sämtliche Anträge der Unterrichtskommission zu überweisen. Ein organischer Zusammenhang muß zwischen der Universität und den höheren Schulen einerseits und zwischen höheren Schulen und Volksschulen andererseits geschaffen werden. Insofern bin ich für eine Einheitsschule. Schon 50 Prog. der Realgymnasien haben schon den lateinlosen Unterbau angenommen und ersetzen in der Sexta die tote Sprache durch Französisch oder Englisch. Ich halte das für einen Vorzug. Es ist auch zu empfehlen, den fremdsprachigen Unterricht erst in der Quinta zu beginnen, wie das z. B. schon in Frankreich geschieht. Der Unterbau der höheren Schule muß in den ersten 4 Jahren den Volksschulen angegliedert werden. Versuche eines Ueberganges von der Volksschule zu den höheren Schulen sind schon in Charlottenburg und Frankfurt gemacht worden. Das ist ein Schritt auf dem Wege zur Einheitsschule. Das Problem der Einheitsschule wird sicher in naher oder ferner Zukunft gelöst werden. In diesem Sinne stimmen wir für den letzten Teil des Antrages v. Campe.

Abg. Heinz (Wirtsch. Vgg.):

Die Begründung des Antrages v. Campe war mir wesentlich sympathischer als der Antrag selbst. Der Zweck der Universitäten darf nicht in das Gegenteil verkehrt werden; sie dürfen nicht zu Fachanstalten werden. Preußen hat nicht wie Sachsen einen bestimmten Bildungsgang für Seminarlehrer vorgeschrieben, sondern überläßt es jedem Lehrer selbst, sich vorzubilden, gewährt also hier größere Freiheit. Es ist die Frage: was ist besser, gründliche Fachbildung oder akademische Bildung? Die akademische Bildung wird vielfach überschätzt: auch aus dem Volksschullehrerstande sind tüchtige Leute hervorgegangen. Besonders befähigten Lehrern muß das Studium eröffnet werden, aber das Seminar darf nicht darauf zugeschnitten werden.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Ich habe schon vor drei Jahren in einer wissenschaftlichen Zeitschrift dasselbe ausgeführt wie heute; man irrt sich also, wenn man einen Wandel der Anschauungen bei uns feststellen zu können glaubt. Herrn Heß habe ich nicht ein einziges Wort zu sagen.

Abg. Dr. Heß (Zentr.)

Dann habe ich auch nichts zu sagen. (Heiterkeit.)

Die Aussprache über diesen Gegenstand schließt, die Anträge gehen an die Unterrichtskommission.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß ½6 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

51. Sitzung, Donnerstag, den 7. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Kühn, Lisco, Falkenhayn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Zur Beratung steht zunächst ein vom Abg. Speck (Zentr.) eingebrachter Gesetzentwurf, der die Unpfändbarkeit der Auszahlungsentschädigungen an kinderreiche Familien von Soldaten festsetzt. Die Vorlage ist von Mitgliedern aller Parteien unterschrieben.

Abg. Speck (Zentr.)

empfiehlt den Gesetzentwurf. Es handelt sich um Zuwendungen ganz persönlicher Art. Sie dürfen nicht gepfändet werden. Aus sozialen Gründen wollten wir für diese Familien sorgen, da darf man diese Wohltat nicht wieder zunichte machen.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Besoldungsnovelle.

Abg. Beck (Natl.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Regierung hat die Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar erklärt. Die Kommission hielt es vor allem für notwendig, sich der gehobenen Unterbeamten anzunehmen. Ferner hat sie die höheren Postbeamten berücksichtigt. Diese Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden. Ein Abweichen von diesen Forderungen ist nicht möglich.

Staatssekretär Kühn:

Den Gang der Verhandlungen in der Budgetkommission hat der Vorredner dargelegt. Ich habe namens der verbündeten Regierungen die Erklärung zu wiederholen die ich in der Kommission bereits abgegeben habe, dahin, daß, wenn der Reichstag dem Entwurf in der Form, wie er die Kommission verlassen hat, zustimmen sollte, die verbündeten Regierungen ihrerseits dem Entwurf die Genehmigung versagen müssen. (Bewegung.) In der Kommission hat man erklärt, daß das ein Scheitern der Vorlage bedeute, daß dieses Scheitern eine weitgehende Verstimmung im Lande hervorrufen würde, daß aber die Verantwortung hierfür allein die verbündeten Regierungen treffe. (Lebh. Sehr richtig! — Unruhe.) Ob dieses „sehr richtig!" draußen im Lande einen Wiederhall finden wird, ist mir sehr zweifelhaft, es ist aber die Veranlassung, weshalb ich mich verpflichtet fühle, noch einige Bemerkungen folgen zu lassen.

Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Novelle zur Besoldungsordnung beschlossen, der die verbündeten Regierungen zustimmten, um einem langjährigen Wunsche des Reichstags hiermit zu entsprechen. Trotz der großen Bedenken, die gegen jede Aenderung der festgefügten Besoldungsordnung bestehen, trotz der Bedenken, die namentlich dagegen zu erheben sind, in kurzen Zwischenräumen mehrere Aenderungen einander folgen zu lassen, haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, in diesem Jahre eine neue Vorlage zu bringen, die abgesehen von einigen kleineren Aenderungen die Konsequenzen ziehen sollte aus der von ihnen beschlossenen Novelle des Vorjahres, und die außerdem, ebenfalls einem Wunsche des Reichstags entsprechend, die Verhältnisse der Deckoffiziere neu regeln sollte. Eine Meinungsverschiedenheit besteht zwischen den beiden gesetzgebenden Faktoren insofern nicht, als wir alle der Ueberzeugung sind, daß den Beamten, die in der Novelle aufgeführt waren, eine Aufbesserung zuteil werden soll. Eine Meinungsverschiedenheit, und zwar eine tiefgehende, besteht nur in der Beziehung, daß der Reichstag noch weitere Beamtenklassen zu bedenken wünscht und die Regierung dies nicht für richtig hält. Ich weiß nicht einmal, ob die Meinungsverschiedenheit, die ich als tiefgehend bezeichnete, eine grundsätzliche zu nennen ist. Denn mindestens bei einem Teil, den gehobenen Unterbeamten, haben die Regierungen in keiner Form und in keinem Stadium der Verhandlungen erklärt, daß sie in einer Aufbesserung dieser Beamtenklassen im Prinzip entgegenständen. (Unruhe.) Was sie erklärten, war immer nur das, daß zurzeit auf die Anregungen des Reichstags nicht eingegangen werden könne. Das sind sachliche Gründe, die Sie anerkennen müssen. Jede Aenderung der Besoldungsordnung über die wohlbedachten Grenzen hinaus würde zu weiteren Konsequenzen führen. Diese Konsequenzen bestehen nicht bloß für das Reich, sondern auch für die Bundesstaaten, schließlich auch für die Kommunen.

Alle diese Fragen müssen aufs Genaueste und Sorgfältigste geprüft werden, ehe man Ihnen eine entsprechende Vorlage unterbreiten kann. In dem Augenblick ist das nicht möglich, es muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Es ist wohl zu verstehen, wenn der Reichstag noch einige Wünsche hat, daß noch weitere Beamtenklassen mit einer Gehaltsaufbesserung berücksichtigt werden. Es sind Wünsche, die sich mit den Wünschen in den Kreisen der verbündeten Regierungen begegnen. Die Regierungen lassen sich in der Sorge um ihre Beamten von niemandem übertreffen. (Bewegung.) Sie würden mit einem entsprechenden Vorschlag an Sie herantreten, sobald die Vorarbeiten dafür erledigt sind und die Möglichkeit besteht, die Maßregel auch durchzuführen. Aber was sich nicht verstehe, das ist: weil einige Beamtenklassen, von denen die Vorlage nicht spricht, nicht berücksichtigt werden sollen, deshalb auch diejenigen Klassen unberücksichtigt zu lassen, deren die Vorlage gedacht hat. Ich kann nicht verstehen, warum, wenn man in dem Augenblick, wo man den gehobenen Unterbeamten eine Zulage nicht gewähren will, deshalb auch die Landbriefträger einer Zulage verlustig gehen sollen, wenn man die Verhältnisse der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen erst in einiger Zeit regeln will, deshalb auch die Regelung der Bezugsverhältnisse der Deckoffiziere ins Ungewisse hinausgeschoben werden soll.

Diese Gesichtspunkte, glaube ich, rechtfertigen die Bitte — die dringende Bitte — die ich jetzt an Sie richten möchte, im Interesse des Zustandekommens der Vorlage Ihre ablehnende Haltung aufzugeben und dem Entwurf, wie ihn die Regierung hier vorlegte, zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Schuld liegt bei der Regierung. Die Besoldungsordnung von 1909 war völlig unzulänglich, daher jetzt die Lücken. Die Teuerung ist so allgemein, daß die Beamten mit ihrem Gehalt nicht auskommen. Ein Zurückgreifen oder Nachgeben ist für uns völlig unmöglich, da die Kommissionsbeschlüsse schon das Mindeste dessen darstellen, was den Unterbeamten gewährt werden muß. Wie lange wird sich der Reichstag diese Behandlung seitens der Reichsregierung noch gefallen lassen? Mit der Taktik der Regierung, friß Vogel oder stirb, muß endlich aufgeräumt werden. Wenn Preußen es an der nötigen Fürsorge für seine Beamten fehlen läßt, so braucht doch das Reich nicht dasselbe zu tun. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Abg. Racken (Zentr.):

Wir sind nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen ohne die wenigen beschedenen Aenderungen, die wir in der Kommission beschlossen haben. Schulter an Schulter mit den anderen Parteien haben wir diese Verbesserungen angenommen und haben andere Wünsche zurückgestellt, um die Vorlage nicht scheitern zu lassen. Um so mehr sind wir überrascht von dem einmütigen Entschluß des Bundesrates, der auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen will. Das muß große Mißstimmung in Beamtenkreisen. Aber auch das erfreuliche gemeinsame Vorgehen der bürgerlichen Parteien wird in Frage gestellt. Fast scheint es, als ob die verbündeten Regierungen darauf keinen Wert legten. Wir hoffen aber trotzdem, daß die Regierungen schon im kommenden Jahre unsere Forderungen erfüllen werden.

Abg. Bassermann (Natl.):

Durch die Einigung der Parteien ist die große Zahl der an uns herangetretenen Forderungen auf ein bescheidenes Maß zusammengezogen worden. Die Regierungen können nicht behaupten, daß ihnen der jetzige Reichstag unbequem ist. In der Konkurrenzklausel-Frage und im Spionage-Gesetz sind wir ihnen, so scheint es uns wurde, weit entgegengekommen. Warum stellen sich denn die Regierungen hier auf den intransigenten Standpunkt: Friß, Vogel, oder stirb? Ich verstehe es nicht, daß sie kein Verständnis für die politische Bedeutung eines einstimmigen Votums des Reichstages haben. Sie sollten es sich klar überlegen, demgegenüber hart zu bleiben. Denn jeder Abgeordnete wird draußen im Lande mit vollem Recht die Schuld an dem Scheitern des Gesetzes den Regierungen zuschieben. Ich empfehle die einmütige Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. Oertel (Kons.):

Ich schließe mich diesem Wunsche vollkommen an. Leicht ist uns diese Zustimmung nicht geworden. Die Beschlüsse der Kommission sind maßvoll und begründet. Wir haben schon früher ähnliche Wünsche geäußert für die Landbriefträger und andere Unterbeamten. Wir bleiben uns also nur konsequent. Das Scheitern der Vorlage muß allerdings eine tiefe Verstimmung in Beamtenkreisen hervorrufen. Und diese Verstimmung wird nach allem Geschehenen noch um eine Nuance berechtigter und intensiver sein. Sie wird wie eine Hochflut auf uns einströmen. Die Wünsche der Beamten müssen einmal erfüllt werden — wann, das wissen die Götter und der Reichsschatzsekretär. (Große Heiterkeit.) Ich habe in diesen Tagen Schleichwege eingeschlagen (Große Heiterkeit) — ich meine, hier im Hause, um den Wünschen der zahlreichen Petenten zu entgehen. Hoffentlich kommt es zwischen der zweiten und dritten Lesung zu einer Verständigung. Wir haben den guten Willen dazu. Hoffentlich zeigt ihn auch der Schatzsekretär! (Beifall rechts, Heiterkeit und Unruhe.)

Staatssekretär Kühn:

Der Abg. Bassermann hat gefragt, warum sich die Regierungen heute so streng ablehnend verhalten, während sie im Jahre 1913 bei der großen Besoldungsvorlage im weitesten Maße entgegengekommen sind. Ich bitte Sie dabei zu berücksichtigen: Damals lag die Sache so, daß die ganze große Vorlage scheitern mußte, wenn die Regierungen den Wünschen des Reichstages nicht nachgegeben hätten. Heute liegt die Sache so, daß die Vorlage scheitern muß, wenn der Reichstag sich nicht auf den Standpunkt der verbündeten Regierungen stellt. (Große andauernde Heiterkeit.) Ich muß betonen, daß die verbündeten Regierungen es niemals abgelehnt haben, die gehobenen Unterbeamten besser zu stellen. Es sind aber Erwägungen darüber anzustellen, in welchem Umfange auch andere Beamtenkategorien berücksichtigt werden sollen. Diese sachlichen Erwägungen erfordern aber langere Zeit für den Abschluß der Vorarbeiten. So ist es den Regierungen nicht möglich, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ich glaube auch wirklich, daß wir hiermit eine Basis bezeichnet haben, die von allen betreten werden kann. Ablehnen möchte ich auch, was von verschiedenen Seiten gesagt wurde, es seien für uns überwiegend oder allein finanzielle Gründe maßgebend gewesen. Das ist nicht der Fall. Wenn man meine ersten Ausführungen aufmerksam verfolgt, wird man mir recht geben.

Abg. Kopsch (Vp.):

Die Regierung bleibt immer nur fest, wenn es sich um Ausgaben handelt. Bei neuen Ausgaben gibt sie gern nach, besonders wenn Heeresforderungen in Frage kommen. Die Regierung hat nichts getan, um eine Einigung mit dem Reichstag zu erzielen. Wir haben zahlreiche Wünsche zurückgestellt, um die Vorlage nicht zu gefährden. Die Regierungen haben sich durch die preußische Regierung beeinflussen lassen. Weil Preußen nicht aufbessern will, darf es das Reich auch nicht. Das bedauern wir. Die Beamten sind in bedrängter Lage. Sie werden die Haltung der Regierungen nicht verstehen. Der Reichstag steht einmütig hinter den Forderungen der Beamten. Unser Beamtenstand steht einzig in der Welt da. Darum haben wir die Pflicht, berechtigte Wünsche dieser Beamten zu erfüllen. Wir halten an den Beschlüssen der Kommission fest. Die Regierungen sollten es sich dreimal überlegen, ob sie bei ihrem Nein bleiben.

Abg. Schultz (Rp.):

Wir möchten die Hoffnung auf eine Verständigung nicht aufgeben. Allerdings, als wir die heutigen Reden und auch den ersten Teil der Rede des Herrn Dr. Oertel hörten, waren wir fast

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0002

hoffnungslos. Im zweiten Teil seiner Rede hat Dr. Oertel aber mit einer Geschicklichkeit und Gewandheit gewisse Möglichkeiten angedeutet, die man sonst nur bei Zentrumsrednern findet. (Große Heiterkeit.) und die eine Verständigung erhoffen lassen. Diejenigen Beamten, die in der Regierungsvorlage benachteiligt waren, werden ihr Scheitern nicht der Regierung zur Last legen. Um so notwendiger ist eine Verständigung auch im Interesse der durch den Fortfall der Ostmarkenzulagen schwer geschädigten Beamtenklassen.

Abg. Dr. Haegy (Elsässer):

Den Reichseisenbahnern ist seinerzeit gesagt worden, daß sie nicht schlechter stehen sollen als andere Reichsbeamte. Dieser Zusage widerspricht die Bestimmung des Gesetzes, daß ihr nicht pensionsfähiger Zuschuß insoweit wegfallen soll, als die durch das Gesetz erhöhten Gehaltssätze, die bisher geltenden Sätze in den einzelnen Gehaltstufen übersteigen. Dafür kann niemals ein ersatzlohnpflichtiger Abgeordneter stimmen. Im übrigen bedeutet das Gesetz einen Fortschritt.

Abg. Werner-Herzfeld (deutsch-völkische Part.):

Im Interesse der kleinen und Unterbeamten rechnen wir auf eine Verständigung bis zur dritten Lesung.

Abg. Dr. Weill (Soz.).

Hinsichtlich der Reichseisenbahner werden wir dieselbe unerschütterliche Festigkeit zeigen, wie hinsichtlich der gehobenen Unterbeamten. In diesen Beratungen hat der Reichstag eine bewunderungswürdige Mäßigung gezeigt.

Die Besoldungsvorlage wird in der Kommissionsfassung einstimmig angenommen.

Der Militäretat.

(Dritter Tag.)

Preußischer Kriegsminister v. Falkenhayn:

Am Schlusse der gestrigen Sitzung hat Dr. Liebknecht sich in einigen Punkten mit meinen Ausführungen zu dem Stuttgarter Protokoll beschäftigt. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß ich den Dr. Liebknecht in meinen Ausführungen mit keinem Wort erwähnt habe, aus dem einfachen Grunde, weil ich gar nicht wußte, daß er bei dieser Sutgarter Sitzung zugegen gewesen ist und dort sogar eine Hauptrolle gespielt hat. Mittlerweile habe ich mir heute früh mit einiger Mühe den offiziellen Bericht über die erste internationale Konferenz der Jugendorganisationen verschaffen können. In diesem Bericht sind folgende Punkte, von denen ich gestern gesprochen habe, enthalten: Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Propaganda ist die Zersetzung des militaristischen Geistes usw. Ferner: Tadelnswert wäre es, die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee fernzuhalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird; sorgen wir dafür, daß die internationale Jugendbewegung in dem antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt.

Schließlich wird auch noch der Punkt, den ich auch erwähnt habe, in dem Protokoll angeführt, daß die Gründung der Jugendorganisation für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet sei. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.: Wo steht das vom Abscheu?) In einem Punkt habe ich in diesem Protokoll die Bestätigung dessen, was ich gestern sagte, nicht gefunden, nämlich: wir haben die jungen Leute gegen jeden Dienst mit Ekel und Abscheu vor der Waffe zu erfüllen. (Rufe bei den Soz.: Aha! — Große Unruhe.) Ich habe Dr. Liebknecht gestern gesagt, daß ich ihm mitteilen würde, aus welchem Material ich diese Angaben habe. Ich kann das heute ruhig tun. Es ist kein Spitzelmaterial, mit derartigen Angelegenheiten befaßt sich die Heeresverwaltung nicht. (Große Unruhe, Lärm und Widerspruch bei den Soz.) Es sind die verschiedensten Publikationen, die ich — (Lärm bei den Soz., Zurufe: Reichsverband!) Nein, es sind die großen Berliner Zeitungen, die ich Ihnen sofort senden kann und gegen die von sozialdemokratischer Seite nicht der geringste Einspruch erhoben worden ist. (Erneuter großer Lärm bei den Soz. — Unruhe.)

Hätte ich diese Angaben bezweifeln können, so würde ich ganz gewiß den Satz nicht ausgesprochen haben. Denn zur Charakterisierung dessen, was ich charakterisieren wollte, ist es durchaus unnötig, nach dem, was in dem Protokoll — in dem offiziellen Protokoll — steht. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Lärm bei den Soz. — Zuruf des Abg. Liebknecht: Sie haben das ja gar nicht verstanden!) Im übrigen wird Dr. Liebknecht mir, glaube ich, nicht bestreiten wollen, daß er die hier erwähnten Worte in ganz ähnlicher Verbindung bei anderen Gelegenheiten gebraucht hat. Die ganze Sache ist also — (mit erhobener Stimme) ein Streit um Worte. (Großer Lärm bei den Soz., lang andauernde Unruhe.) Hier kommt es aber nicht auf die Worte an, sondern auf die Sache, die hier in diesem Protokoll, dem offiziellen Protokoll, charakterisiert ist. Diese Sache legt mir die Pflicht auf, gegen Ihre Betätigung mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Lebhafter Beifall rechts, andauernder Lärm bei den Soz.)

Abg. Stücklen (Soz.):

Der Kriegsminister gibt heute zu, daß mein Freund Liebknecht das nicht gesagt, was der Kriegsminister gestern behauptet hat. Wenn er das Material seinem Pressebureau verdankt, dann täte er gut, es aufzulösen. Leider hat der Kriegsminister die Zeitungen nicht genannt. Wir wissen, daß es die Reichsverbandspresse ist, deren Schwindeleien wir nicht fortwährend richtig stellen können; soviel Personal haben wir nicht. Der Kriegsminister hat gestern gesprochen wie bei der Fahnenweihe eines Kriegervereins. Der Kriegsminister will sparen. Sein Weg zur Sparsamkeit führt durch die Viktoriastraße. (Heiterkeit.) Der Hinweis auf die 38 000 Mann, die nicht eingestellt werden konnten, wird ein Anreiz für die Rüstungsfanatiker sein, neue Heeresverstärkungen zu verlangen. Der Ueberschuß des Wehrbeitrages soll angeblich für Zement und Beton für Festungsbauten verwendet werden. Ich bin überzeugt, daß wir bis dahin schon eine neue Wehrvorlage haben werden. Die Hypotheken, mit denen Sie die Wehrvorlage belastet haben, sind oberfaul. Das tatsächlich Erreichte ist nur eine Kleinigkeit, am System wurde nichts geändert. Im Vorjahre haben wir die Streichung überflüssiger Adjutantenposten verlangt. Der Prinz Friedrich Leopold hat allein fünf Adjutanten. Statt hier zu streichen, hat man seinen drei jugendlichen Söhnen, von denen wir höchstens hören, daß sie mit ihren Automobilen Kinder überfahren, je einen Adjutanten gegeben, so daß der Prinzenfamilie vier Adjutanten geblieben und nur einer gestrichen wurde. Der Glaube, daß die Militärbehörden die Soldatenmißhandlungen beseitigen wollen, fehlt uns. Die Mißhandlungen werden nicht aufhören, solange man die Soldatenschinder nicht davonjagt.

Der Redner erörtert einen Fall des Selbstmordes eines Unteroffiziers, der durch Schikane seines Hauptmanns in den Tod getrieben wurde. In Luckenwalde hat sich ein Referendar wegen andauernder Schikanierung erschossen. Die Schimpfworte mancher Offiziere sind so schlimm, daß ein Viehtreiber sich ihrer schämen würde. Solche Offiziere erzeugen die Erbitterung der Soldaten, nicht wir. In neuester Zeit wird als Soldatenschinderei das Austrinkenlassen von Spucknäpfen modern. Ueber zehntausend Soldaten haben sich seit Bestehen des Reiches das Leben genommen, und annähernd 50 000 Jahre Gefängnis wurden seitdem erteilt. (Ört! Hört! bei den Soz.) Daß einige Offiziere die Rettungsmedaille erhalten, entschuldigt doch die nicht, die Soldaten mißhandeln. Die neue Verordnung über den Waffengebrauch ist kein Fortschritt, sogar teilweise eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Derartiges muß durch Gesetz geregelt werden. Die Kommandogewalt hat damit garnichts zu tun. Gegen ein Pressebureau im Kriegsministerium, das lediglich Zeitungen liefe und Informationen erteilt, hat niemand etwas einzuwenden. Aber dieses Bureau hat Pamphlete gegen alle Parteien des Reichstages, ausgenommen die Konservativen, verschickt. Als Muster scheint dem Kriegsminister die „Marinerundschau" vorzuschweben, die in ganz gewaltiger Weise sehr geschickt die öffentliche Meinung beeinflußt. Derartiges wollen wir nach den gemachten Erfahrungen aber nicht. Aus dem Auskunftsbureau würde wieder eine offiziöse Meinungsfabrik werden.

Das kaufmännische Leben kann verabschiedete Offiziere doch nur in beschränktem Maße verwenden. Neuerdings melden sie sich sogar bei den Gewerkschaften. Soll die Gewerkschaft den verabschiedeten Offizier etwa zu Streikposten verwenden? (Große Heiterkeit.) Aus den nichtigsten Gründen wird die große Säge der Pensionierung in Bewegung gesetzt. Wir haben über 900 pensionierte Generale. Sie könnten einen eigenen Kriegervereein gründen. (Heiterkeit.) Anstatt dessen machen sie sich nachher unangenehm bemerkbar, die Herren Keim, Weidebern, Kraehe, der nachher ausgerissen ist. Ein General ist noch keine militärische Autorität an sich. Es gibt auch Hofgenerale. Wir haben einen General, der es im aktiven Dienst bis zum Leutnant gebracht hat — Herrn von Bethmann Hollweg. (Große Heiterkeit.) Jetzt sollen die Gardeoffiziere einen besonderen wissenschaftlichen Drang haben. Damit wird wieder ein neuer Unterschied zwischen Garde- und Provinzoffizieren geschaffen. Mit dem interessanten General Deimling müssen wir uns jedes Jahr beschäftigen. Er hält Angriffsreden gegen unseren französischen Nachbar und wohnt an der Spitze seiner Offiziere einer Hetzrede im Straßburger Wehrverein bei. Das ist Politik in der Armee. Ueber den Fall des Redakteurs Stoecker ist der Kriegsminister ebenfalls falsch unterrichtet. Daß man die Betätigung für unsere Partei als unmoralisch bezeichnet, diese Beschimpfung verbitten wir uns. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.)

Dies Wort wird dem Kriegsminister keine guten Früchte bringen! Sind etwa die republikanischen Offiziere Frankreichs und der Schweiz unmoralisch? In der Schweiz hat ja sogar ein sozialdemokratischer Offizier bei Ihrem obersten Kriegsherrn Wache gestanden. Die heutigen Massenheere werden sich im Kriege nicht mehr ernähren lassen. Das haben die letzten Kriege schon bewiesen. Es entstand eine förmliche Anarchie, weil die Truppen nichts zu essen hatten. Die Gneisenau und Scharnhorst waren Antimilitaristen, waren Reformer wie wir. Das Heer von 1813 war ein Volksheer. Die schlesischen Leineweber haben die Schlachten geschlagen, nachher bei der Parade waren sie dem König zu schäbig angezogen. Die Völker wollen den Frieden, gegen die kramarbasierenden Generale und chauvinistischen Zeitungen. Es ist eine furchtbar leichte Sache, im warmen Zimmer am Schreibtisch zu sitzen und für das Vaterland zu sterben. (Heiterkeit) Sollen wir die Gewehre bewilligen, mit denen möglicherweise auf uns geschossen werden soll? Die Angriffe des Kriegsministers berühren uns nicht. Die Sozialdemokratie steht viel zu hoch, als daß der Kriegsminister sie beleidigen könnte. (Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck.) Wir werden den Kampf gegen den Kriegsminister und seine Verwaltung mit aller Schärfe weiterführen. Und Sieger bleiben wir. (Beifall der Soz., Lachen rechts.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Nur einige tatsächliche Feststellungen: Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern alle die Bestrebungen, das Heer, den Schutz unseres Vaterlandes, zu desorganisieren. Der Abgeordnete hat mich gefragt, ob ich denn die Reden des hier vielgenannten Stöcker gelesen hätte. Der Herr Abgeordnete ist vielleicht nicht darüber orientiert, daß derartige Angelegenheiten von den Zivilersatzbehörden in Gemeinschaft mit den Militärersatzbehörden von unten herauf bis zum obersten untersucht werden. Herr Stücklen hat dann gesagt, es hinge von dem Chef des Militärkabinetts ab, wann die nächste Militärvorlage komme. Der Chef der Militärverwaltung hat mit den Militärvorlagen in seinem Arbeitsgebiet nichts zu tun. (Lachen der Soz.) Es wurde dann erklärt, es wäre erstaunlich, daß wir 38 000 Taugliche übig behalten hätten. Wahrscheinlich hätten wir die Tauglichen von drei Jahren zusammengezählt. Das trifft nicht zu. Im vorigen Jahre blieben 38 000 Taugliche übrig. Und zwar ist das der Fall, weil früher entsprechend dem Bedarf ausgehoben wurde. Durch eine Verfügung meines Vorgängers im Jahre 1905 wurden die Ersatzbehörden erst angewiesen, daß sie alle Tauglichen auf die Tauglichkeitslisten zu setzen hätten.

Dann hat der Abgeordnete, um die schrecklichen Zustände in der Armee zu schildern, darauf hingewiesen, daß seit 1870 über 50 000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis verteilt worden wären. Es ist schade, daß er nicht bis zum Jahre 1763 zurückgegangen ist, dann wäre die Zahl noch größer. (Heiterkeit rechts.)) Im übrigen entbehren die Zahlen jeder Unterlage, denn die Kriminalstatistik über die militärischen und diejenige über die bürgerlichen Delikte enthält keinerlei Angabe über die Höhe der wegen einzelner Straftaten erkannten Strafen. In der Tabelle der Kriminalstatistik für das Heer sind nur gewisse Grenzen bei den einzelnen Freiheitsstrafen angegeben, nicht aber die Höhe der einzelnen Strafen.

Herr Stücklen hat dann darauf hingewiesen, daß die Selbstmorde in der Armee durch die schrecklichen Mißhandlungen gesteigert werden. Die Selbstmordziffer in der Armee beträgt für die letzten 10 Jahre 0,34 Proz. und für die Zivilbevölkerung beträgt sie 0,36 Proz. (Hört, hört! rechts. — Unruhe der Soz. und Zurufe: Beim Militär handelt es sich nur um junge Leute!) Auch bei der Zivilstatistik sind nur Leute im Lebensalter von 20 bis 25 Jahren berücksichtigt. Es wurde dann hingewiesen auf die Verabschiedung eines Offiziers, der eine Zeit lang geisteskrank gewesen wäre. Eine einmal überstandene geistige Krankheit macht feld- und garnisondienstunfähig. Der Redner hat ferner hier darauf Bezug genommen, daß gestern von einem Redner neue Kavallerieregimenter verlangt wurden, und dann an ihre Stelle Kavallerieversuchsstäbe zu stellen. Ich mach darauf aufmerksam, daß diese Kavallerieregimenter ja bereits vorhanden sind.

Nach kurzen weiteren Ausführungen vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr: Anfrage, Antrag Spec, Militäretat.

Schluß 7¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Aus der Kommission zu Erhebungen über den städtischen Immobiliarkredits.

Wie man hört, hat sich die vom Reichskanzler berufene Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobiliarkredits in Städten usw. bis zum Herbst vertagt, nachdem vor kurzem die erste Sitzung abgehalten wurde. Die Sitzungen sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn die Referate erstattet sind, die zunächst zur Klärung der Sachlage beitragen sollen und deren Eingang bis zum Herbst erwartet wird.

Es handelt sich um Referate der Professoren Dr. Bredt und Dr. Eberstadt, des Justizrats Dr. Baumert und Präsidenten Dr. van der Borght als Vertreter des Haus- und Grundbesitzes, des Dr. Luther als Vertreter der städtischen Verwaltungen des Dr. Schwartz als Vertreter der Hypothekenbanken und des Staatssekretärs Dr. Dernburg als Vertreter der gemeinnützigen Vereinigung und der Mieter. Nach Erstattung der Referate soll vor der Kommission die Vernehmung von Sachverständigen im kontradiktorischen Verfahren erfolgen. Die Sachverständigen sollen aus den verschiedensten Richtungen der Wissenschaft und Praxis gewählt werden, und die Erhebungen sollen sich nicht auf Städte beschränken, sondern auf Industriezentren und deren nähere Umgebung.

Ein eingehender Fragebogen über die Verhandlungen ist bereits aufgestellt.

Der preußisch-sächsische Eisenbahnkrieg.

Aus Dresden wird unter dem 7. Mai gemeldet: Die sächsische Regierung will bekanntlich nicht zugeben, daß zwischen Sachsen und Preußen ein Eisenbahnkrieg besteht. Im ganzen Lande und auch im Landtag zweifelt man jedoch nicht an dem Kampfe Preußens gegen die sächsische Eisenbahnrente, bei dem lediglich Sachsen bisher der Leidtragende war. Der liberale Abgeordnete Merkel gab in der Zweiten Kammer abermals Beispiele für diesen Krieg. Er führte unter anderem aus: Preußen hat uns den ganzen Verkehr Berlin-Wien abgenommen. Die Strecke ist hundert Kilometer länger, doch sind die Fahrpreise die gleichen wie über Sachsen. Preußen fährt hundert Kilometer umsonst, um Personen und Güter um Sachsen herumzuführen. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu Artikel 42 der Reichsverfassung. Der Redner verlangt, daß Sachsen sich nicht willenlos der „tollen preußischen Konkurrenz" beuge, sondern den Kampf aufnehme.

Die Regierung vermied es, sofort zu antworten, sie will das später nachholen.

Die Etatsstärke der deutschen und französischen Armee. Der Leiter der Presse-Abteilung des Deutschen Wehrvereins, Herr Müller-Brandenburg, schreibt uns: „Sehr geehrte Schriftleitung! In Ihrer Nummer vom 27. April hatten Sie die Liebenswürdigkeit, über meinen Vortrag zu berichten, jedoch haben Sie die Einschränkung gemacht, die Zahlenangaben und die Etatsstärken stehen doch schließlich nur auf dem Papier in bezug auf die französische Armee. Ich gestatte mir ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß die Zahlen, auf die ich mich stütze, keine Papierzahlen sind, sondern die vorhandene Istsstärke, also die genauen Zahlen, die tatsächlich am 1. Januar unter der Fahne standen."

Die Zuschrift bezieht sich dann auf Angaben des Herrn Müller-Brandenburg selbst in der österreichischen „Militärischen Rundschau" und einem Abdruck daraus in den „Vierteljahrshesten für Truppenführung und Heereskunde". In letzteren, die uns vorliegen, sind jedoch die Kolonialtruppen in Afrika mit 80 000 Mann, die im Falle eines Krieges doch nur zum allerkleinsten Teile Verwendung finden, angegeben. Außerdem ist von Herrn Müller-Brandenburg unberücksichtigt gelassen, daß von der französischen Armee nach einwandfreien Feststellungen ein großer Prozentsatz felddienstunfähig ist. Man braucht nur den Prozentsatz der Erkrankungen zu vergleichen, der im deutschen Heere minimal gegenüber demjenigen in der französischen Armee ist, dann wird man doch wohl zu dem Schluß gelangen müssen, daß die Etatsstärke der französischen Armee auf dem Papier steht, während bei uns die Mannschaftsstärke wirklicher Bestand ist.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß Donnerstag bei der Prüfung der Wahl des Abg. Bassermann (ntl.) Trier-Saarbrücken Beweiserhebung.

Die ersten Taufpaten in Braunschweig. Als erster der fürstlichen Taufpaten traf heute Prinz Waldemar von Dänemark hier ein. Die Ankunft des deutschen Kronprinzenpaares erfolgt Freitag abend.

Aerztekonflikt bei der Leipziger Ortskrankenkasse. Infolge Differenzen zwischen den Aerzten und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig haben die beiden Leipziger ärztlichen Bezirksvereine beschlossen, am 1. Juni 1914 vom Vertrag mit der Ortskrankenkasse zurückzutreten und von diesem Termin ab die Behandlung der Kassenmitglieder im einzelnen zu liquidieren. — Hoffentlich werden die Differenzen noch ausgeglichen. Nachträglich wird dazu berichtet: Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig hat auf die plötzliche vorzeitige Kündigung des ärztlichen Bezirksvereins beschlossen, Feststellungsklage anzustrengen, durch die festgestellt werden soll, daß der gegenwärtige Vertrag noch bis Ende 1916 weitergilt.

Gegen den Geburtenrückgang. Großes Aufsehen erregen in Dresden die Mittwoch vorgenommenen Haussuchungen in über 40 Gummiwarengeschäften. Polizeibeamte erschienen in den Geschäften und beschlagnahmten die dort vorhandenen Gummiartikel sowie dazu gehörige Broschüren. Die Sachen wurden von den Geschäftsinhabern teilweise freiwillig herausgegeben. Offenbar steht die ganze Angelegenheit im Zusamenhang mit den von der Regierung angeordneten Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang.

Das Petroleummonopol in Gefahr. Die Vorlage über das Petroleummonopol scheint endgültig gescheitert zu sein. Die Leuchtöltkommission hat heute beschlossen, vor Pfingsten überhaupt nicht mehr zu tagen. Da nach Pfingsten der Reichstag nicht mehr tagen und die Session geschlossen werden dürfte, wird das Petroleummonopol unter den Tisch fallen.

Zum Ministerwechsel in Gotha wird noch gemeldet: Der Herzog hat sicherem Vernehmen nach das Entlassungsgesuch des Hofkammerpräsidenten und des Justiziars der Hofkammer abgelehnt.

Hof- und Personalnachrichten.

Prinz Heinrich von Preußen ist in Begleitung seines persönlichen Adjutanten, Kapitänleutnants v. Tyssa, nach London abgereist.

Halle und Umgebung.

Halle 8. Mai

Studentenschaft und Rote Kreuz-Sammlung. Der derzeitige Rektor der Universität, Geh. Konsistorialrat Prof. D. Kattenbusch, macht soeben am schwarzen Brett unserer Hochschule bekannt: Am Freitag, den 8. Mai d. J., abends 8½ Uhr, wird der ordentliche Honorarprofessor und Stadtarzt Dr. von Drigalski in den „Thaliasälen" ein für die hiesige Studentenschaft bestimmten Vortrag über die Bedeutung und die Aufgaben der freiwilligen Krankenpflege im Kriege, sowie über die Notwendigkeit einer Rote Kreuz-Sammlung halten, zu welchem die Kommilitonen hiermit eingeladen werden. Ich darf bei dieser vaterländischen und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0003

patriotischen Angelegenheit ein zahlreiches Erscheinen bei diesem Vortrage voraussetzen und benutze diese Gelegenheit, meinerseits gleichzeitig die hiesige Studentenschaft zur regen Beteiligung an den nach folgenden Ortsveranstaltungen zu Zwecken der Roten Kreuz-Sammlung aufzufordern.

Ordensverleihung. Dem Herrn Oberzollrevisor a. D. Burckhardt hier wurde der Rote Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Thüringisch-Sächsischer Geschichtsverein. Zu unserem gestrigen Referat schreibt uns Herr Universitätsprofessor Dr. Sommerlad: In dem Bericht über die Hauptversammlung des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins (Nr. 211 der „Saale-Zeitung") findet sich die Mitteilung, ich hätte in meinem Jahresbericht gesagt, es sei mir „gelungen, die in Thüringen und Sachsen bestehenden Geschichtsvereine zu einem Verbande zusammenzuschließen". Ich habe nur gesagt, daß es meine und des Vorstandes Absicht sei, einen solchen Verband ins Leben zu rufen, und daß demnächst ein Rundschreiben an die Geschichtsvereine in der Provinz Sachsen ergehen werde, durch das sie zur Mitbegründung eines solchen Verbandes aufgefordert werden sollten. Hochachtungsvoll Prof. Dr. Th. Sommerlad, 1. Sekretär des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins.

Preußischer Verein für das mittlere Schulwesen, Provinzialverein Sachsen. Die diesjährige Hauptversammlung des Provinzialvereins Sachsen findet nächsten Sonntag, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, zu Halle a. S. im Restaurant „St. Nikolaus" (Nikolaistraße) statt. Auf der Tagesordnung stehen neben den üblichen Berichten und Wahlen folgende Verhandlungsgegenstände: Die Schülerwerkstatt der Mittelschule (Referent: Zeichenlehrer Schlosser-Halle a. S.), unsere Besoldungsangelegenheit, die Berechtigungen der Mittelschule und Beratung des Satzungsentwurfs. Nach Erledigung der Tagesordnung findet eine Besichtigung der im städt. Schulmuseum an der Neuen Promenade untergebrachten „Wanderausstellung des Königl. Kunstgewerbe-Museums Berlin zur Förderung der Knabenhandarbeit" statt, wobei Herr Schlosser die Führung und Erläuterung übernehmen wird. Alsdann folgt ein gemeinsames Mittagessen im Versammlungslokal. Alle Freunde des mittleren Schulwesens sind als Gäste zu dieser Tagung eingeladen.

Vereinigung zur Erforschung der heimischen Pflanzenwelt. In der letzten Sitzung legte zunächst Herr Professor Schulz die Abhandlung von Morton über die Farngattung Phyllitis (Scolopendrium) vor und besprach an der Hand dieser Abhandlung die Verbreitung der beiden nur im Mittelmeergebiet vorkommenden von den drei europäischen Arten, Phyllitis hemionitis und Phyllitis hybrida. Dann behandelte er die Gründung des hallischen Botanischen Gartens von seiner Gründung im Jahre 1698 bis zum Tode von Junghans (31. Mai 1797), unter dessen Leitung der Garten im wesentlichen seinen heutigen Umfang erhielt. Zum Schluß teilte Prof. Schulz mit, daß Triticum aegilopoides hoeticum, die eine der Unterarten von Triticum aegilopoides, der Stammart des Einkorns, Triticum monococcum, in den letzten Jahren auch in der Krim gefunden worden sei und besprach die Abstammung des Einkorns von seiner Stammart. Darauf fand eine botanische Exkursion in das Porphyrgebiet zwischen Bergschenke und dem Gestüt bei Cröllwitz statt. Nächste Sitzung am 6. Juni.

Die Eröffnung der Wanderausstellung des Kgl. Kunstgewerbemuseums Berlin findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Schulmuseum durch Herrn Schulrat Brendel statt.

Provinzial-Nachrichten.

n. **Weißenfels**, 7. Mai. (Besuche.) Am Dienstag trifft der Bischof von Paderborn, Dr. Schulte, zum Besuche der hiesigen katholischen Gemeinde hier ein. Am Mittwoch findet die Einweihung der vergrößerten Kirche statt, im Anschluß daran wird der geistliche Würdenträger die Firmung spenden. — Am Sonnabend, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr trifft der Thüringisch-Sächsische Geschichtsverein aus Halle hier ein, um eine Besichtigung der Altertümer und der geschichtlich merkwürdigen Stellen der Stadt vorzunehmen. Abends hält Pastor Gerhardt-Jena im „Schützen" einen Vortrag über das „Defensionswesen der Stadt Weißenfels".

Meineweh, 7. Mai. (Die hiesige Kirche,) die im frühen Mittelalter erbaut ist und sich jetzt in verwahrlostem Zustande befindet, wird völlig restauriert werden. Die Restaurierungspläne entwirft Frhr. v. Bodenhausen, die Malarbeiten übernimmt der Kunstmaler E. v. Courten-München.

Schkeuditz, 5. Mai. (Berufsvormundschaften.) Für den Bezirk des Amtsgerichts Schkeuditz fand gestern im Sitzungssaale des hiesigen Amtsgerichts eine Waisenratssitzung unter Beteiligung des Landrats des Merseburger Kreises statt. Oberarzt Dr. Bauer (Alt-Scherbitz) fesselte das Interesse der zahlreich erschienenen an der Waisen- und Armenpflege Beteiligten durch einen Vortrag über „Fürsorge für jugendliche Geistesschwache". Seitens des Landrates wurde die Einführung von Berufsvormundschaften für den hiesigen Amtsgerichtsbezirk angeregt. Diese für die Armen- und Waisenpflege überaus wertvolle Anregung führte zu einem lebhaften Meinungsaustausch der Versammelten und zu dem Ergebnis, daß die Bestellung von Berufsvormündern für dringend notwendig bezeichnet wurde. Verhandlungen hierüber werden seitens des Landrats mit den beteiligten Gemeinden in die Wege geleitet werden.

Münchengosserstädt, 7. Mai. (Diamantene Hochzeit.) Der Gasinspektor Wilhelm Knopf in Apolda kann heute mit seiner Gemahlin das Fest der Diamantenen Hochzeit feiern. Frau Knopf stammt von hier, wo vor 60 Jahren auch die Grüne Hochzeit gefeiert wurde.

L. **Salzfurt** b. Kapelle, 7. Mai. (Ein Unfall,) der leicht schwere Folgen haben konnte, ereignete sich hier am Montag. Das Pferd des Landwirts Ziegler-Reuden scheute vor einem Bitterfelder Auto und ging durch. Der Landwirt rettete sich durch Abspringen. Das Pferd raste gegen einen Gartenzaun, wobei der Wagen in Trümmer ging; ohne Wagen rannte es nun gegen einen Mast der Kraftleitung, an dem es für kurze Zeit zusammenbrach. Durch den Anprall rissen drei Drähte, so daß Kurzschluß entstand.

Ziegelrode, 6. Mai. (In großer Aufregung) war eine hiesige Bergmannsfamilie. Ihr zwölfjähriger Junge war verschwunden. Bald stellte es sich heraus, daß auch etwa 240 Mark Mündelgelder fehlten. Da der Junge Strafe befürchtete, hatte er diese Gelder an sich genommen und war nach Halle gefahren, nachdem er noch in Eisleben Geschäften verschiedene Sachen gekauft hatte. In Halle hatte er in einem Logierhause übernachtet. Gestern wollte der Knabe wieder von Halle fortfahren, und zwar nach Hamburg. Zum Glück wurde er auf dem Bahnhofe von einer barmherzigen Schwester, der der Junge auffiel, angehalten und sodann der Polizei zugeführt, wo er alles eingestand. Es wurde noch etwas über 200 Mark baares Geld bei ihm vorgefunden. Der Vater des Knaben erhielt sofort von der Polizei Bescheid über dessen Aufenthalt und holte ihn noch am gestrigen Tage ab.

Jessen, 7. Mai. (Zu einem Konflikt in der Stadtvertretung) kam es anläßlich der letzten Stadtverordnetenversammlung, zu der nur fünf Stadtverordnete erschienen waren. Da auch der Stadtverordnetenvorsteher Polster nicht anwesend war, so wurden ihm auf Grund eines herbeigeführten Gerichtsbeschlusses wegen Herausgabe des Aktenmaterials durch den Gerichtsvollzieher die Akten abgeholt und diese zur Sitzung gebracht. Hier bildeten die anwesenden fünf Stadtverordneten ein provisorisches Bureau und beschlossen, sich mit der probeweisen Verwaltung der hiesigen Bürgermeisterstelle durch Herrn Gemeindevorsteher Schwarting nicht einverstanden zu erklären.

Eisleben, 7. Mai. (Mißlungener Diebesstreich.) Ein bis vor kurzem hier wohnender junger Mann entwendete seiner Wirtin ein Sparkassenbuch in Höhe von 4000 Mark. Gestern versuchte er, auf einen von ihm selbstgeschriebenen und auf den Namen der Witwe lautenden Ausweis einen Betrag von 800 Mark bei einer hiesigen Kasse durch ein Mädchen abheben zu lassen, was aber nicht gelang. Der junge Mann entfernte sich bei Empfang der absagenden Nachricht sofort aus dem betreffenden Lokal, in dem er auf das Geld wartete. Der Diebstahl des Sparkassenbuches war der Witwe bis dahin unbekannt gewesen.

Camburg, 6. Mai. (Friedenachlangem Streit.) Das Zementwerk in Staudnitz, welches durch die ausgestoßenen Kalkstaubmassen die umliegenden Landwirte schwer schädigte, ist nach langem Kampf nicht nur zum Schadenersatz verurteilt worden, sondern es muß auch technische Umbauten vornehmen, um das Ausstoßen des Staubes überhaupt zu verhüten. Wegen der Zeit und der Kosten wünschte das Werk hierzu eine zweijährige Frist, da aber das Ministerium darauf bestand, daß die Veränderungen bis zum 1. November d. J. vorgenommen sind, hat es jetzt mit den Umänderungen begonnen. Damit dürfte der mehrjährige Streit zwischen Landwirtschaft und Zementfabrik, der viel Tinte und Papier kostete, endlich beendigt sein.

Orlamünde, 5. Mai. (Jugendlicher Einbrecher.) Der Täter, der den Einbruch in das Pfarrhaus zu Langenorla verübte, ist jetzt in dem ehemaligen 17jährigen Zwangsjögling, jetzigen Schiffsjungen Weltrich aus Kleindembach ermittelt worden. Der Bursche, der früher bei dem bestohlenen Pfarrer in Erziehung und daher mit den Verhältnissen in der Pfarre betraut war, weilte vorige Woche in seiner Heimat auf Urlaub und benutzte diesen, seinen früheren Wohltäter auszuplündern. Wie verlautet, ist W. in Hamburg verhaftet worden. Einen Teil des Geldes hat der Schlingel in Damenbekanntschaft bereits durchgebracht.

Kunst und Wissenschaft.

Prof. Dr. Meusel gestorben. Im Alter von 71 Jahren starb in Gotha der bekannte Chirurg Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Max Meusel.

Die Ergebnisse von Roosevelts Forschungsexpedition. Der ehemalige Präsident Roosevelt erzählte einem Interviewer, seine Expedition sei sehr erfolgreich gewesen. Die Expedition sammelte 2100 Vögel, Säugetiere, Reptilien und Fische. Roosevelt fuhr auf einem 1500 Kilometer langen Fluß, der bisher auf keiner Karte verzeichnet ist und dem Hochlande des westlichen Matto Grasso entspringt. Die Expedition brauchte 60 Tage, um in Kanoes den Fluß hinaufzufahren. Zuletzt mußte die Expedition von halben Rationen leben, von 7 Kanoes gingen 5 verloren. Ein Mann ertrank, Roosevelt, sein Sohn Hermit und ein anderer Mann entgingen mit knapper Not demselben Schicksal. Infolge der erlittenen Unbilden wurde ein Mann wahnsinnig und ermordete einen Kameraden. Roosevelt selbst hatte einen schweren Fieberanfall. Roosevelt taufte den neuen Strom mit dem Namen „Fluß des Zweifels".

Theater und Musik.

Gustav Beaurepaire †. In größtem Elend ist Mittwoch der Schauspieler Gustav Beaurepaire in Berlin gestorben. Als Reinhardt im Kleinen Theater mit seiner Direktionstätigkeit begann, spielte Beaurepaire die Rolle des Kindermann in den Serenissimuszwischenspielen. Dann ging er als Regisseur zu Frau Dumont-Lindemann nach Düsseldorf. Nachdem er diese Stellung verlassen, gelang es ihm nicht mehr, irgendwo für längere Zeit festen Fuß zu fassen. Der Verstorbene war ein guter Schauspieler, ein beliebter Kollege und ehrenhafter Charakter. Beaurepaire stand im 50. Lebensjahr.

Vermischtes.

Außer Dienst sind in Bilbao über 50 Dampfer infolge Arbeitseinstellung der Offiziere und Maschinisten. Die Matrosen schließen sich dem Streik an und die Dockarbeiter im Verband weigern sich, zu arbeiten. Die Polizei überwacht die Abfahrt zweier mit Arbeitswilligen besetzten Dampfer. — In Ferrol sind infolge des allgemeinen Streiks der Seearbeiter mehrere mit Kohlen für die Arsenale der Kriegsmarine beladene Dampfer außerstande, ihre Ladung zu löschen, da sich die Dockarbeiter dem Streik angeschlossen haben.

Die französischen Mittelmeer-Manöver. Die „France Militaire" berichtet, daß den bevorstehenden Manövern der französischen Mittelmeerflotte zwei Themen zugrunde liegen: Das eine besteht darin, eine feindliche Flotte, welche Marseille, Toulon und Philippeville bedrohe, zu zerstören; die andere bestehe in der Aufgabe, eine Vereinigung der italienischen und österreichischen Flotte zu verhindern, um eine dieser Flotten mit überlegenen Kräften angreifen und vernichten zu können.

Aufsehenerregender Selbstmord. In Prag hat der tschechische Handelsakademiker Hajek vor den Augen seiner Kameraden im Schulgebäude Selbstmord verübt. Die Mitschüler bezeichnen den Lehrer der Anstalt Professor Liebescherin als den Schuldtragenden. Nach Schulschluß veranstalteten 300 Schüler und Schülerinnen vor der Anstalt große Kundgebungen, bedrohten und beschimpften den Professor. Die Polizei schritt ein, verhaftete zwei Schüler und vertrieb die Demonstranten. Mittwoch abend wiederholten sich die Kundgebungen.

Letzte Depeschen.

Reichsausländer und Wehrbeitrag.

Berlin, 7. Mai.

In der Budgetkommission des Reichstages erklärte heute der Reichsschatzsekretär, daß er auf eine gestrige Anfrage, ob von den Vertretern auswärtiger Staaten Vorstellungen gegen die Veranlagung ihrer Staatsangehörigen zum Wehrbeitrag erhoben worden seien, wahrheitsgemäß erklärt habe, daß ihm davon nichts bekannt sei. Inzwischen habe er festgestellt, daß tatsächlich solche beim Auswärtigen Amt eingelaufen und jetzt auch in seinen Händen seien. Es sei selbstverständlich, daß hier eine eingehende Prüfung erfolgen werde. In der Sache selbst verweise er auf die Auslassung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Eröffnung der Niederländischen Abteilung auf der „Bugra".

Leipzig, 7. Mai

Auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik fand heute nachmittag 5 Uhr in Gegenwart des Direktoriums der Ausstellung, des Bürgermeisters Dr. Roth sowie Vertreter verschiedener Korporationen nach einer Ansprache des Präsidenten des Niederländischen Komitees Mouton die Eröffnung der Niederländischen Abteilung durch den holländischen Gesandten in Berlin, Baron Gevers, statt.

Die Verhandlungen gegen den Volksschullehrer Stroh.

Leipzig, 7. Mai.

Die Beweisaufnahme vor dem Reichsgericht in dem Spionageprozeß gegen den früheren Volksschullehrer Stroh zog sich bis in die fünfte Stunde hin. Die Verhandlung wurde sodann auf morgen vormittag vertagt. Die Plaidoyers beginnen um ½10 Uhr.

Die zweite Ehe des spanischen Infanten.

Madrid, 7. Mai.

Die „Agencia Fabra" veröffentlicht eine offiziöse Meldung, derzufolge der König von Spanien die nachgesuchte Erlaubnis zur Eingehung einer Ehe des Infanten Ferdinand von Spanien, Prinzen von Bayern, mit Louisa Sylva Fernandez Henestra, der Tochter des Grafen Pio de Concha, geben wird. Der Infant war in erster Ehe mit der am 23. September 1912 verstorbenen Infantin Maria Theresa von Spanien vermählt.

Sympathiestreik für die ausgeschlossenen Dumamitglieder.

Petersburg, 7. Mai.

Gestern abend ist als Ausdruck der Sympathie für die aus der Reichsduma ausgeschlossenen Abgeordneten ein Streik ausgebrochen. Heute vormittag umfaßte der Streik 78 Betriebe mit etwa 50 000 Arbeitern. Die Versuche, in den Arbeitervierteln Kundgebungen zu veranstalten, wurden von der Polizei unterdrückt.

Nachwehen zum Erfurter Kriegsgericht. Aus Berlin, 7. Mai, wird gemeldet: Das Landgericht Berlin II verurteilte heute den Zahnarzt Dr. H. Glaser aus Schöneberg, Leiter der demokratischen Vereinigung „Freies Volk", und den Schriftsteller Karl v. Ossietzki wegen Beleidigung des preußischen Militärgerichts zu 200 Mark Geldstrafe. Die Anklage war vom preußischen Kriegsminister aufgestellt, der in einem Artikel über das Erfurter Kriegsgericht keine sachliche Kritik, sondern persönliche Angriffe erblickt hatte.

Sport-Nachrichten.

Pferdesport.

Rennen zu Karlshorst, 7. Mai.

I. Rennen. 1. Maaslieb (Streit), 2. Doppelgänger (Martin), 3. Gerolstein (Nash). Toto: Sieg 78, Pl. 29, 20:10. Ferner: Revenge, Moses.

II. Rennen. 1. Magister (Lt. v. Mitzlaw), 2. Zungchen (Lt. v. Egan Krueger), 3. Samhara (Besitzer). Toto: Sieg 10, Pl. 14, 19:10. Ferner: Heiotoho.

III. Rennen. 1. Parbleu (Streit), 2. La Turbie (Jentsch), 3 Seneca (Weißhaupt). Toto: Sieg 18, Pl. 12, 14, 31:10. Ferner Baccarille, Sistin, Strete, Muschi, Flüchtig, Salut, Muriel, Immo.

IV. Rennen. 1. Pricelles Cherri (Lt. v. Platen). 2. Sister Phoebe (Lt. Braune), 3. Talmont (Lt. v. Berchem). Toto: Sieg 175, Pl. 36, 22, 20:10. Ferner: The Sinner, Bendige II, Festival, Jago.

V. Rennen. 1. Alice (Wischek), 2. Macte (Reith), 3. Brantome (Dyhr). Toto: Sieg 58, Pl. 20, 33, 43:10. Ferner: Nusche, Lin, Suttier, Fife Honours, Matta, Well Off, Wippstart Industrieritter, Rheinfels.

VI. Rennen. 1. Parisienne (Besitzer), 2. Revanche (Besitzer), 3. Republican (Besitzer). Toto: Sieg 242, Pl. 38, 22, 17:10. Ferner: Saint Mihiel, Over the Mather, Clog Dance, Hernani, Belle of Tripperary.

VII. Rennen. 1. Askania (Ludwig), 2. Raute (Bleuler), 3. Oval (Leinit). Toto: Sieg 18, Pl. 17, 11, 12:10. Ferner: Poseidon, Ladoga, Prärie II, Siler, Minorca.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle **Ilmenau**, Donnerstag, 7. Mai, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Die flache Depression im Norden zeigt Bestand und bildet zahlreiche Teiltiefs, durch deren Einfluß schwache Gewitterbildung und feuchtes Wetter eingetreten ist. Auch weiterhin ist unter Herrschaft des tiefen Drucks mit Regenfällen zu rechnen.

Witterungsaussicht für den 8. Mai:

Bewölkt und Regenfälle, mäßig kühl.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.

(Nachdruck verboten.)

9. Mai: Lebhafte Winde, kühl, veränderlich. Neigung zu Gewitter.
10. Mai: Bewölkt mit Sonnenschein, ziemlich warm.
11. Mai: Wärmer, vielfach heiter.
12. Mai: Windig, kühl, strichweise Regen.
13. Mai: Bewölkt, Regenfälle, ziemlich kühl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Reichsanleihe 78, Türkenlose 165,75, Deutsche 240,50, Disconto 188, Dresdner 150, Schaaffh. 109,75, Petersb. Intern. 179,75, Baltimore 91,25, Canada 192,75, Orient 196,50, Henry 153,25, Schantung 138,87, Paket 127,25, Hansa 249, Lloyd 111, Aumetz 153,87, Bochum 218,75, Deutsch-Luxemburg 122,12, Gelsenkirchen 178,37, Harpener 175,25, Laura 139,62, Phönix 227,37, Rombach 152,37, A. E.-G. 240,75, Schuckert 145, Dynamit 174,75, Naphtha 403, Türk. Tabak 231,75. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Berl. Kindlbrauerei 4, Balcke Masch. 2, Kirchner & Co. 2,75, Porzellanfabr. Königszelt 4,50, Jos. Rathgeber 2,10, Deutsche Gasglühlicht 2,50, Thörls Oelfabrik 2, Schwanebeck Zement 2,75. C. Lorenz 4, Girmes & Co. 2,75, Union chem. Fabr. 4,75, Arnsdorfer Papier 2, Gebr. Schöndorff 2,50, Gladenbeck 2, Albert chem. Fabr. 3,25; niedrig er: Akt.-Ges. f. Bauausführungen 4, Ammendorfer Papierfabrik 4, Reissholz Papier 2,25, Daimler Motoren 2, Egestorff Masch. 2,75, Kappel Masch. 5,50, Kyffhäuserhütte 6, Ohles Erben 5,75, Peipers Walzengruss 7, Schubert & Salzer 4, Charlottenburger Wasserwerke 5,50, Bendix 3, Zimmermann Piano 2, Lindener Weberei 3, Ver. Glanzstoff 6, Anilinfabrik Treptow 3,50, Badische Anilin 3, Elberfelder Farben 6, Braunschweiger Kohlen 2, Leopoldgrube 3, Riebeck Montan 2, Müller Speisefett 3,40, Hildebrandsche Mühlen 3, Riedel 3, Weiler ter Meer 3, Thale Vorz.-Akt. 7, Nordd. Zellulose 6.

Zum Kurszettel. Berlin, 7 Mai. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,70 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,90 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,00 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Kamerunor Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. — —. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 — —. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 — —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1898 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 00 95,40 b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jener Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 93,75 bG. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 94,10 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 99,50 G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,90 G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 09 97,50 G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 37b.75bG.

Londoner Börse vom 7. Mai. Es notierten: Engl. Konsols 75,06. Rio Tinto 69,12, Geduld 1,15, Goldfields 2/9, Steel com 60,50, Steel preis. —, Hand Mines 6,00, Anaconda 6,75, Eastrand 1,11, Chartered 0,57, Aurora West 0,46, Cinderella Cons. 0,25, Johannesburg Goldfields 0,15, Van Ryn 3,37, Albus (Generals) 0,53, Rand Collieries 0,14, West Rand Consols 8/0, General Mining & Finance, A. Görz & Co. 12/15, Modderfontain 12/.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 7. Mai.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	9950	10150	Johannashall	3600	3750
Bergmannssegen	6750	6950	Justus-Aktien	90%	92½
Burbach	9900	10100	Kaiserode	6500	6700
Buttlar	650	750	Krügershall	119%	121%
Carlshund	5150	5350	Mariaglück	1500	1600
Carlsglück	1275	1350	Max	3800	4000
Fallersleben	1450	1525	Neusollstedt	3225	3300
Felsenfest	3175	3300	Neustassfurt	13100	13300
Glückauf	18500	19300	Reichenhall	1600	1700
Günthershall	4700	4500	Ransbach	2450	2600
Hansa-Silberberg	5300	5450	Ronnenberg	93%	95%
Hedwig	1575	1650	Rothenberg	2300	2375
Heiligenmühle	925	1050	Salzdetfurth	305%	310%
Heiligenroda	10400	10600	Salzmünde	5500	5600
Heldburg	33%	35%	Teutonia	60%	62%
Heldrungen	1025	1125	Thüringen	3200	3300
Herta-Neurungen	5400	5600	Walter	1500	1600
Hohenfels	5400	5500	Wendland	850	950
Hohenzollern	7100	7200	Wilhelmshall	8700	8900
Hugo	9000	9300	Wintershall	19500	20500
Hüpstedt	2850	2925			

Gewerkschaft Burbach

In der Gewerkenversammlung berichtete der „Magd. Ztg.“ zufolge der Vorsitzende, Herr Gerhard Korte, dass sich die Verhältnisse in Grube und Fabrik weiter günstig entwickelt haben. Von den Beteiligungen bringen die Gewerkschaft Krügershall 10 Proz. (gegen 12 Proz. i. V.) zur Ausschüttung, und die Gewerkschaften Salzmünde und Günthershall haben als regelmässige Ausbeute 600 Mk. bezw. 400 Mk. (wie i. V.) verteilt. Walbeck hat, wie erinnerlich, zum Ausbau der chemischen Fabrik und ebenso die Gewerkschaft Buchberg erhebliche Mittel erfordert. Es schweben Erwägungen über eine schnelle Tilgung der Vorschüsse, doch wird die Ausbeute des laufenden Jahres noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Gewerkschaft Bartensleben erhält nach Fertigstellung der Drahtseilbahn-Verbindung (Kosten rund 125 000 Mk.) mit der Fabrik Burbach die endgültige Quote. Der Jahresbericht wurde gegen 12 Stimmen genehmigt und ebenso die Entlastung gegen 12 Stimmen erteilt.

Ueber das Finanzprogramm bezüglich der landwirtschaftlichen Kaliwerke Ummendorf-Eilsleben machte der Vorsitzende besonders eingehende Mitteilungen. Für Burbach ist die schwerwiegende Frage entstanden, ob es an der geplanten Sanierung der Kaliwerke Ummendorf-Eilsleben, von denen Burbach zurzeit 2 Mill. Mk. Aktien besitzt, teilnehmen soll, da das Opfer der Zuzahlung neben den laufenden Beiträgen für die schwierigen Schächte Alleringersleben und Belsdorf eine weitere Anspannung der Finanzlage von Burbach erbringen müsste. Burbach hat daher ein bemerkenswertes Abkommen mit dem Landwirtschaftskonzern getroffen. Nach diesem zahlt die Gewerkschaft Alleringersleben die der Gewerkschaft Burbach schuldige Summe von etwa 1 Mill. Mk. derart zurück, dass diese 1 Mill. Mk. zur Umwandlung der Burbach gehörigen Stammaktien Ummendorf-Eilsleben in Vorzugsaktien verwandelt werden. Burbach tritt seinen Kuxenbesitz an Alleringersleben und Belsdorf franko an Ummendorf-Eilsleben ab und bleibt als Grossaktionär mit den neuen Vorzugsaktien Ummendorf-Eilsleben ohne neue Geldanwendung an den Resultaten einer event. günstigen späteren Entwicklung der Werke Alleringersleben und Belsdorf interessiert. Trotz der hierdurch eintretenden finanziellen Entlastung hält es die Verwaltung von Burbach zur weiteren Konsolidierung für richtig, die Ausbeute vorläufig einzustellen. Es schweben aber finanzielle Pläne, von denen eine baldige Wiederaufnahme der Ausbeute zu erhoffen ist. Von der Transaktion mit dem Landwirtschaftskonzern verspricht sich Burbach neben einer sofortigen starken Entspannung der finanziellen Situation eine günstige Weiterentwicklung für die Zukunft. Aus den Antworten Herrn Kortes auf Anfragen aus Gewerkenkreisen ist hervorzuheben, dass der Besitz an Kuxen und Wertpapieren, der in der Bilanz mit 10 280 180 Mk. angegeben ist, sehr billig zu Buch steht, u. a. sämtliche Obligationen mit 1 Mk. Bezüglich der gegenwärtigen Situation und der Zukunft der Kaliindustrie teilte Herr Korte mit, dass er, für so gut er auch die Bindungsaktion halte, eine Novelle doch für unbedingt notwendig erachte, die allerdings keine Härten für die Kaliindustrie bringen dürfte.

Staatlicher Ankauf von Kohlenfeldern. Wie wir erfahren, hat der Direktor des Arterner Bankvereins Büchner auch in der Flur Seelhausen bei Delitzsch im Auftrage des preussischen Staates zur Kohlenversorgung des staatlichen Kraftwerks Muldenstein Kohlenfelder gekauft, und zwar vorerst 480 Morgen, nachdem die seit 2 Jahren betriebenen Bohrungen abbauwürdige Braunkohlenlager ergeben haben. Für weitere 600 Morgen ist zum Zwecke von Bohrversuchen ein Vertrag geschlossen, wonach für den Morgen 5 Mk. Wartegeld gezahlt werden.

Döring & Lehrmann, Akt.-Ges. für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten in Halle. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, dass die Gesellschaft bis in die nächsten Jahre hinein voll beschäftigt sei. Die Verträge mit einer grösseren Anzahl von Gesellschaften sind inzwischen bis auf 10jährige Gültigkeit verlängert worden.

Bredower Zuckerfabrik. Die Verwaltung erklärt auf Anfrage, dass die Aussichten der Gesellschaft nicht günstig sind. Infolge der geringeren Rübenausbeute und der höheren Zinsen usw. sei ein Gewinn nicht zu erwarten. Das laufende Geschäftsjahr würde im Gegenteil mit einem Verlust abschneiden. Das vergangene Jahr endete bereits mit einem Verlust von 106 923 Mark, der sich durch Abschreibungen auf 135 360 Mk. erhöhte.

Rheinisch-Westfälischer Zementverband. Zu der Uebernahme einer Bürgschaft für einen Bankkredit bis zu 8 Mill. Mk. durch den Verband hört man, dass die beteiligte Bankgruppe unter Führung der Deutschen Bank Berlin steht. Es sollen fast sämtliche Aktien des Zementwerkes Meteor und des Rheinischen Portlandzementwerkes Purz, sowie ein grosser Teil der Aktien des Zementwerkes „Deutschland“ angekauft werden. Ferner soll mit einem Teil der Gelder der Kaufpreis für die erste Hypothek der in Konkurs geratenen Akt.-Ges. Augusta Viktoria erledigt und der Ankauf des Zementwerkes Tecklenborg vorgenommen werden. Schliesslich dienen die Mittel auch zum Erwerb einer Anzahl Grundstücke, die eventuell zur Errichtung neuer Zementwerke in Frage kämen. Der Zementverband beabsichtigt, auch weitere derartige Grundstücke und Anlagen aufzukaufen, um die Errichtung neuer Werke zu verhindern.

Verschlechterung der Lage des Stabeisenmarktes. Wie aus Dortmund mitgeteilt wird, hat sich der Stabeisenmarkt in den letzten acht Tagen weiter verschlechtert. Im inländischen Geschäft kommen von Werken, die auf eine Vermehrung des Auftragsbestandes bedacht sind, Offerten zu 90 bis 91 Mk. netto Kasse für rheinisch-westfälisches Material heraus, wogegen im Export bereits zu 80 bis 81 Mk. fob Antwerpen angeboten wird. Besonders stark umstritten wird seit einiger Zeit unter dem Einfluss des grossen Arbeitsbedürfnisses der belgischen Werke das Auslandsgeschäft.

Akt.-Ges. für Korbwaren- und Kinderwagenindustrie Hourdeaux-Bergmann zu Lichtenfels. Bei einem Warengewinn von 191 489 (i. V. 222 345) Mk. stellt sich nach 40 372 (71 874) Mk. Abschreibungen der Reingewinn auf 68 344 (60 267) Mk. Als Dividende werden wieder 6 Proz. vorgeschlagen. Im Geschäftsbericht führt die Verwaltung aus, dass das abgelaufene Jahr wiederum eine wesentliche Steigerung des Umsatzes, leider aber nicht eine entsprechende Erhöhung des Gewinnes gebracht habe, da einerseits die Preise auch im Berichtsjahr vielfach noch nachgegeben haben, andererseits die Unkosten andauernd wüchsen. Im ersten Quartal des neuen Jahres hat sich das Geschäft in zufriedenstellender Weise entwickelt, und die Verwaltung hofft auf einen entsprechenden Fortgang.

Preisermässigung für Juteerzeugnisse. Der Verband deutscher Juteindustrieller ermässigt von heute ab alle Gewebepreise um einen Pfennig per Quadratmeter, sowie alle Garnpreise um zwei Mark per 100 kg.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 7. Mai. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 195,00—201,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 165,00—166,00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer kein 169—185, mittel 160—168, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. — — — —, weisser Natal 167—172, runder 151,50—153,00 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 145—155, gute 156,00—168,00, russische und Donau leichte 1.3 13., schwere 139,00 143,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 175—184, Taubenerbsen 185—208 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,75 27,50. Roggenmehl 0 und 1 2.20—22,70. Weizenkleie 11,50—12,00. Roggenkleie 10,50—11,00. Lupinen, blaue — — gelbe — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Magdeburg, 7. Mai. (Amtl. Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, engl und Sommer- stetig, gut 197 200. Roggen, inländischer stetig, gut 163—165. Gerste, niedige Chevallerstetig, gut — —, feinste über Notiz. Land- gut — — — ausländische Futtergerste fest, gut 131—133. Hafer, inländ fest, gut 166—169. Mais, runder ruhig gut 148—150.

Hamburg, 7. Mai. (Getreidemarkt). Weizen fest ostholsteiner und mecklenburger 194—2.2,00. Roggen fest mecklenbrg. u. altmärk. neuer 166—171.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Mai-Juni 118.00. Gerste stetig, südruss. cif. Mai 110.50. Hafer stetig, neuer holsteiner und mecklenburger 156—160. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Mai-Juni — —, La Plata cif. neue Ernte Mai-Juni 106.00.

Liverpool, 7. Mai. Ruhig Roter Winterweizen per Juli 7—3¼, per Okt. 7—0⅝. Mais ruhig. La Plata, Juli 4—3⅛ bunter amerik., September 4—8.

Budapest, 7. Mai. Weizen, Tendenz fest, per April —.— Mai 13.28, Oktbr. 11.98. Roggen, Tendenz fest, per April —,—, Oktbr. 9.73. Hafer, Tendenz ruhig, per April —, Oktober 6,14. Mais, Tendenz fest, per Mai 7.19, Juli 7.33, Aug. 7.43. Raps, Tendenz ruhig, August 15.85.

Antwerpen, 7. Mai. Deutscher La Platazug, Kontrakt per Mai 6.55. Juni 6.55 Juli 6.55, Septbr. 6.50, Okt. 6,50. Umsatz 50 000 kg. Tendenz: ruhig.

Zucker

Magdeburg, 7. Mai. Abend-Kurse. Mai 9.35. Juni 9.40 Juli 9.50, August 9.60, Oktbr.-Dezbr. 9.62½, Januar-März 9.80. Tendenz ruhig.

Hamburg, 7. Mai. Rübenrohzucker, I. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	9.32½	9.30	9.32½ M.
„ Juni	9.40	9.40	9.40 „
„ Juli	9.50	9.50	9.50 „
„ August	9.62½	9.60	9.62½ „
„ Okt.-Dez.	9.65	9.62½	9.62½ „
„ Jan.-März	9.80	9.77½	9.77½ „
	stetig	ruhiger	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 7. Mai. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per Mai	46.50 G.	46.50 G.	46.75 G.
„ September	47.75 G.	48.00 G.	48.00 G.
„ Dezember	48.50 G.	48.75 G.	48.75 G.
„ März	49.00 G.	49.25 G.	49.25 G.
	ruhig	ruhig	ruhig

Havre, 7. Mai. Kaffee good average Santos per Mai 58 00. per Sept. 59.25, per Dez. 59.75. März 60.50. Ruhig.

Rio de Janeiro, 7. Mai. Kaffee-Zufuhren 4300 Sack in Rio, 12000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 7. Mai. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten — — —, südruss. erste Sorten 3.80—3.95 M., in- und ausländ. bessere Sorten 3.70—3.90, in- und ausländische geringere Sorten 3.60—3 65, Kalkeier — — —, kleine Eier 3.30—3.40, Kühlhauseier — —. Tendenz: behpt.

Spiritus.

Nordhausen, 7. Mai. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, den 6. Mai 1904.

Butter: Wenn auch die Produktion feiner und feinster Butter zurzeit gross ist, so konnten doch infolge des etwas besseren Konsums die frischen Eingänge zu unveränderten Preisen geräumt werden. Beste russische Butter bleibt gefragt. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 113—115 Mk., do. IIa Qualität 110—112 Mk. — **Schmalz:** Beeinflusst durch die festen Getreidemärkte verliefen auch die Fettwarenmärkte in Amerika in fester Haltung bei steigenden Preisen, wozu auch bessere Nachfrage und die kleineren Schweineauftriebe beitrugen. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 57—58 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 60 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 59—64 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 59,50—64 Mk. — **Speck:** Ruhig.

Köln, 7. Mai. Rüböl per loko 79.50, per Mai 69.50.

Hamburg, 7. Mai. Stadtschmalz 59.50, amerikan. Steam 50⅝, Chamberlain 52.50. Tendenz fest.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 7. Mai. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.25—18.75. Ruhig.

Chemische Produkte.

Hamburg, 7. Mai. Chilisalpeter per loko 9.65 Febr.-März 10.12½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle.

Bremen, 7. Mai. Baumwolle Upl. loko middl. 64.25.

Liverpool, 7. Mai. Aegypt. Baumwolle per Juli 9.13.

Liverpool, 7. Mai. Baumwolle, Umsatz 10000 Ballen, Import 8 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 6 000 Ballen.

Alexandria, 7. Mai. Aegyptische Baumwolle per Juli 17.26, Novbr. 18.04, Jan. 18.68.

Metalle.

London, 7. Mai. Chili-Kupfer, ruhig 63¼, 3 Mon. 66½. Zinn, Straits, stetig 151⅛, 3 Mon. 153½. Blei span., stetig 18 7/16 engl. 18⅞, Zink, gew. Marke, ruhig 21⅜, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	7. 5.	6. 5.		7. 5.	6. 5.
Weizen p. Mai	102¼	102⅛	Roggen loko	63	63
„ „ Juli	94½	94⅝	Schmalz p. Mai	9.97	10.02
Mais loko	76⅜	76⅝	„ „ Juli	10.10	10.17
Wheat Spring cl.	3.85	3.85	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93⅝	93⅝	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	85⅝	85⅝	do. in Cred. Balanc.	2000	2000
Mais p. Mai	66⅜	66⅛	Kaffee loko	8¾	8⅝
„ „ Juli	65⅝	66¼	„ p. Mai	9.48	9.44
Hafer p. Mai	38	37⅞	„ p. Juli	8.66	9.60
„ „ Juli	37¼	37½			

Tendenz: Weizen —, Mais willig.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 9. Mai Amerika. 14. Mai Vaterland. 16. Mai Graf Waldersee. 21. Mai Kaiserin Auguste Victoria. 23. Mai Pretoria. 27. Mai Imperator. 30. Mai President Grant. — Nach Boston (Mass.): 14. Mai Cincinnati. 28. Mai Cleveland. — Nach Philadelphia: 10. Mai Indianola. 15. Mai Prinz Adalbert. 3. Juni Prinz Oskar. — Nach Baltimore: 16. Mai Barcelona. 26. Mai Bohemia. 10. Mai Bosnia. — Nach New Orleans: 10. Mai Indianola. 5. Juni Belgia. — Nach Savannah, Ga.: 15. Mai Weissenfelde. — Nach Quebec-Montreal: 15. Mai Hannover. 29. Mai Willehad. — Nach Westindien: 20. Mai Schwarzwald. — Nach Mexiko und Cuba: 14. Mai Fürst Bismarck. 16. Mai Westerwald. 20. Mai Georgia. — Nach Ostasien: 15. Mai C. Ferd. Laeisz. 20. Mai O. J. D. Ahlers. 29. Mai Senegambia. 10. Juni Andalusia. — Nach Wladiwostok: 9. Mai Dortmund. 23. Mai Spezia. — Arabisch-Persischer Dienst: 23. Mai Numantia. — Von Genua nach New York: 12. Mai Moltke. — Von Neapel nach New York: 13. Mai Moltke. — Von Genua nach New York: 9. Juni Hamburg. — Von Neapel nach New York: 10. Juni Hamburg.

Oesterreichischer Lloyd.

(Vertreter in Halle: Max Lippmann, Volkmannstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 9., 11. und 13. Mai Metcovich, 10. und 12. Mai Almissa; nach Dalmatien: 9. Mai Eillinie Triest—Cattaro (A) Baron Gautsch, 10. Mai Dalmatinisch-albanesische Eillinie Baron Bruck, 11. Mai Linie Triest—Spizza (A) Sarajevo, 12. Mai Eillinie Triest—Cattaro (A) Prinz Hohenlohe, 13. Mai Dalmatinisch-albanesische Linie Albanien (A berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro); nach der Levante und dem Mittelmeer: 10. Mai Griech.-orientalische Linie (A) Galicia, 10. Mai Linie Triest—Syrien (A) Baron Call, 12. Mai Eillinie Triest—Konstantinopel Baron Beck; nach Ostindien, China, Japan: 10. Mai Triest—Kobe Silesia, 16. Mai Triest—Kalkutta Trieste, 30. Mai Triest—Shanghai Koerber, 2. Juni Triest—Kalkutta Laguna, 5. Juni Triest—Bombay Gablonz.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.		Fall	Wuchs			Fall	Wuchs
Artern	6. Mai	+1,23	—	7. Mai	+1,23	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,12	—	„	+2,14	—	2
„ Unterpegel	„	+1,46	—	„	+1,48	—	2
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,38	—	„	+2,38	—	—
„ Unterpegel	„	+0,10	—	„	+0,10	—	—
Trotha	6.	+1,66	—	7.	+1,66	4	—
Alsleben, Oberpegel	5.	+2,38	—	6.	+2,35	5	—
„ Unterpegel	„	+1,20	—	„	+1,12	8	—
Bernburg	„	+0,83	—	„	+0,81	2	—
Calbe, Oberpegel	„	+1,85	—	„	+1,45	40	—
„ Unterpegel	„	+0,46	—	„	+0,35	11	—

Iser, Eger, Elbe, Molda

	Mai	Fall	Wuchs		Mai	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	6. +0,15	—	—	Wittenberg	7 +1,83	—	1
Laun	„ —0,18	2	—	Rosslau	„ +1,11	3	—
Budweis	„ —0,16	1	—	Barby	„ +1,26	—	—
Prag	7. +0,30	—	—	Schönebeck	„ +1,20	—	2
Pardubitz	6. —0,35	—	11	Magdeburg	„ +1,00	5	—
Brandeis	„ +0,35	—	—	Tangermde.	„ +1,72	3	—
Melnik	„ +0,46	2	—	Wittenberge	„ +1,61	3	—
Leitmeritz	7. +0,01	—	9	Dömitz	6. +1,14	3	—
Aussig	„ +0,25	—	2	Boizenburg	„ +1,04	1	—
Dresden	„ —1,29	12	—	Hohnstorf	7. +1,18	2	—
Torgau	„ +0,80	—	2	Lauenburg	„ +1,16	2	—

Aussig, 7. Mai. Pegelstand +0.25 m. Vom Oberlauf werden 0.40 m Wuchs gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung“, nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten einschliesslich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0005

Berliner Börse, 7. Mai 1914

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Preuß. Rentenbriefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleih.

Deutsche Pfandbriefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn - Stamm - Aktien

Klein- u. Strassenbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn - Prior. - Obligat.

Obligat. Industr. Gesellsch.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechsel

Gold, Silber, Banknoten

[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140508012/fragment/page=0006